



Suchergebnisse: Bürgerliche

1318 – Das Speditionswesen ist durch die Rott organisiert

Mittenwald * Das Speditionswesen ist in Mittenwald durch den Verein der bürgerlichen Fuhrleute, der sogenannten Rott, organisiert. Die „Strata inferior“, die Untere Straße, die über den Brenner durch die Grafschaft Werdenfels führt, ist eine der Haupttransitstrecken. Zahlreiche Ortschaften entlang dieses Verkehrsweges verdanken ihren Aufschwung diesem spätmittelalterlichen Handel und Verkehr. Neben den Städten Bozen, Meran, Innsbruck oder Schongau, sind dies in der Grafschaft Werdenfels Mittenwald und Partenkirchen. Für diesen Handel bildet sich ein Frachtwesen heraus, das unter dem Namen Rottfuhrwesen bekannt ist. Und so ist die Rott organisiert: An der Handelsstraße werden in Tagesabständen [20 bis 30 Kilometer] Rottstationen [= Niederlagen] errichtet. Den Rottfuhrleuten dieser Stationen steht das alleinige und ausschließliche Recht zu, Rottgüter gegen Niederlagegeld und Fuhrlohn von ihrer Station zur nächsten zu befördern. Außerdem wird bereits von einem regen Floßverkehr auf der ab Mittenwald floßbaren Isar berichtet.

28. Oktober 1437 – Das neue städtische Bordell wird eröffnet

München-Angerviertel * Das neue Stadtbordell wird eröffnet. Es befindet sich in der Mühlgasse am Anger, Ecke Rossmarkt und Blumenstraße. Umgeben ist das Gebäude von einem kleinen Garten. Das Münchner Frauenhaus ist ein zweigeschossiges, äußerlich an ein oberbayerisches Bauernhaus erinnerndes Gebäude mit 32 großen und zwei kleinen Fenstern. In jedem Geschoss ist eine Stube untergebracht, in der die Kontakte zwischen dem Freier und den Prostituierten hergestellt werden. Hier kann aber auch gezecht und vermutlich gespielt werden. Sie sind also ein Ort der Geselligkeit. Um diese Stuben, die als einzige Räume beheizbar sind, gruppieren sich insgesamt zwölf abschließbare Kammern. Diese sind mit je einem Bett bestückt. Sehr wahrscheinlich sind das die einzigen Einrichtungsgegenstände dieser Räume. Das Münchner Frauenhaus“ähnelte demnach eher einem modernen Barbetrieb mit angeschlossenen chambres séparées als einem heutigen Eroscenter. Das Frauenhaus ist nicht weit vom Haus des Scharfrichters entfernt. In dem direkt an das Haus angebauten Gebäude mit dem Aufzuggiebel ist lange Zeit der städtische Schinder, Wasenmeister oder Abdecker untergebracht, der ebenso wie der Henker bis zum Ende des 18. Jahrhunderts als „ehrlos“ gilt und nicht im bürgerlichen Wohnbereich geduldet wird.



1450 – München zählt 16 bürgerliche Brauereien

München * München zählt 16 bürgerliche Brauereien.

1489 – Die Brauerei zieht in die Burgstraße

München-Grägenau * Nach dem Tod von Andre Hafner wird die Brauerei von der Weinstraße in die Burgstraße 16 [B] verlegt. Am bisherigen Standort finden sich danach keine Hinweise mehr auf eine Braustätte. In der Burgstraße, am späteren Standort des Kempterbräus, braut nun Jörg Hafner. In welchem verwandtschaftlichen Verhältnis er zu Andre Hafner steht – möglicherweise ist er dessen Sohn oder Neffe –, ist nicht überliefert. Jörg Hafner betreibt die Brauerei hier bis 1522.

1496 – Erste Erwähnung des späteren Zengerbräu

München-Grägenau * Im Steuerbuch des Jahres 1496 erscheint in der Burgstraße 16 [A], dem späteren Zengerbräu, erstmals ein „Streicher Prew“. Er entrichtet lediglich einen geringen Steuerbetrag von sechs Schillingen. In den folgenden Jahren wechseln die Besitz- und Eigentumsverhältnisse mehrfach und entwickeln sich zu einer nur schwer nachvollziehbaren Abfolge verschiedener Besitzer und Eigentümer.

1502 – In 39 Münchner bürgerlichen Brauereien wird Bier hergestellt

München * In 39 Münchner bürgerlichen Brauereien wird Bier hergestellt. Erstmals stimmt die Zahl der Brauer mit der Zahl der Brauhäuser überein. Die 39 Brauhausbesitzer stellen für 13.500 Einwohner Bier her. Zum Vergleich: Im Jahr 1372 brauten 21 Brauer für 11.500 Münchner. Kamen also 1372 noch 536 Münchner auf einen Brauer, so waren es 1502 nur mehr 346. Das kann sich nur dann rentiert haben, wenn sich der Bierumsatz des einzelnen Münchners um mindestens das Eineinhalbfache gesteigert hat. War das der Beginn für den unvergleichlichen Aufstieg des Bieres und der Anfang vom Niedergang des Weinkonsums in München?

1522 – Die Brautätigkeit kommt zum Erliegen

München-Grägenau * In seinem letzten Braujahr wird Jörg Hafner von Sigmund Hafner



unterstützt. Ob dieser sein Bruder, Sohn oder Neffe ist, lässt sich heute nicht mehr feststellen. Nach dem Tod Jörg Hafners ruht die Brautätigkeit auf dem Anwesen Burgstraße 16 [B] [= Kempterbräu]. Sein Erbe Sigmund Hafner ist zwar ebenfalls Brauer und besitzt das Brauereianwesen, übt das Handwerk dort jedoch offenbar nicht mehr aus.

1573 – Das Anwesen geht an die Familie Hainmiller

München-Graggenau * Der Bäcker und Stadtrat Sigmund Hainmiller erwirbt das Anwesen in der Burgstraße 16 [A]. Noch im selben Jahr verkauft er es an seinen Sohn, den Brauer Simon Hainmiller, weiter.

1574 – Zwei Brauereien in der Burgstraße 16

München-Graggenau * Mit Simon Päl, einem nachgeborenen Sohn des Fuchsbräus Jörg Päl, ist nun auch im Haus B der Burgstraße 16, dem späteren Kempterbräu, wieder ein Brauer ansässig. Damit wird in beiden Häusern der Burgstraße 16 gleichzeitig gebraut: im Kempterbräu [B] und im Zengerbräu [A] bestehen die Braubetriebe fortan parallel.

1582 – Beide Brauereien in einer Hand

München-Graggenau * Der Brauer Georg Hainmiller, Eigentümer des Zengerbräu [A], erwirbt den Braubetrieb von Simon Päl im Haus B der Burgstraße 16, den späteren Kempterbräu [B].

1584 – Verlagerung des Braubetriebs und Verpachtung des Zengerbräu

München-Graggenau * Bis 1584 braut Georg Hainmiller sein Bier im Haus A der Burgstraße 16, dem Zengerbräu [A]. Anschließend verlegt er seinen Braubetrieb in das benachbarte Haus B, den Kempterbräu [B], wo er bis 1608 braut. Gleichzeitig führt Simon Päl den Braubetrieb im Zengerbräu [A] als Pächter weiter. Dort braut er bis 1597, als Wolf Hainmiller, der Sohn des Hauseigentümers, den Betrieb übernimmt.

14. Dezember 1591 – Herzog Wilhelm V. befiehlt den Eid auf den Glauben abzulegen



München * Herzog Wilhelm V. befiehlt, dass neben den Beamten auch alle Offiziere, bürgerliche Obrigkeiten, Stadt- und Marktschreiber, Gerichtsprokuratoren und Schulmeister den „Eid auf den Glauben“ ablegen müssen.

1600 – München zählt achtzig Brauereien

München * Mit 74 bürgerlichen Brauereien - plus 6 Klosterbrauereien - erreicht man den Höchststand in der Geschichte Münchens.

1607 – Das Hofbräuhaus darf nur mehr „zur Nothdurft des Hofstaates“ brauen

München-Graggenau * Der Erfolg des Herzoglichen Hofbräuhauses bringt die bürgerlichen Brauer derart in Rage, dass sie sich über die staatliche Konkurrenz beschweren. Das Hofbräuhaus darf ab 1607 nur mehr „zur Nothdurft des Hofstaates“ brauen.

1618 – München verfügt über 1.771 bürgerliche Gerechtigkeiten

München * München verfügt über 1.771 bürgerliche Gerechtigkeiten, einschließlich des Handels.

1618 – Die Brüder Hainmiller teilen die beiden Brauereien

München-Graggenau * Nach dem Tod des Brauers Georg Hainmiller gehen die beiden Brauereien in der Burgstraße 16 an seine Söhne über. Wolf Hainmiller erbt das Zengerbräu [A], das er bereits zuvor bewirtschaftet. Sein Bruder Jörg Hainmiller übernimmt den Kempterbräu [B]. Fortan führen die Brüder ihre Brauereien unabhängig voneinander. Diese Aufteilung besteht bis 1635, als Wolf und Jörg Hainmiller während einer Pestepidemie sterben.

1635 – Das Zengerbräu wechselt den Besitzer

München-Graggenau * Nach dem Tod von Wolf Hainmiller geht das Zengerbräu [A] über seine Tochter Eva an deren Ehemann Hans Ulrich Baur über. Nach dessen Tod gelangt die Brauerei schließlich in den Besitz des Brauers Georg Caspar Piberger.



1650 – Verkauf des Kempterbräu an Georg Schwedler

München-Graggenau * Philipp Hainmiller, Sohn des 1635 verstorbenen Jörg Hainmiller, verkauft den Kempterbräu [B] an Georg Schwedler, Braumeister im kurfürstlichen Braunen Bräuhaus. Da Schwedler die Brauerei nicht selbst bewirtschaftet, führt Philipp Hainmiller den Betrieb weiter – nun jedoch nicht mehr als Eigentümer, sondern als Pächter.

1654 – Der Zengerbräu erhält seinen Namen

München-Graggenau * Die Bräuwitwe Eva Piberger heiratet 1654 in dritter Ehe den Brauknecht Martin Zenger. Mit ihm erhält die Brauerei ihren später überlieferten Namen „Zum Zenger“ und wird fortan als Zengerbräu bekannt.

1659 – Der Kempterbräu geht an die Familie Nottenstein

München-Graggenau * Nach dem Tod von Georg Schwedler, dem Eigentümer des Kempterbräu [B], macht seine Tochter Magdalena Schwedler, die mit dem Brauer Pankraz Nottenstein verheiratet ist, ihre Ansprüche auf die Brauerei geltend. Der bisherige Pächter Philipp Hainmiller muss daraufhin den Betrieb aufgeben. Damit übernimmt die Familie Nottenstein den Kempterbräu.

1667 – Der Kempterbräu erhält seinen Namen

München-Graggenau * Nach dem Tod von Pankraz Nottenstein heiratet seine Witwe Magdalena den Augsburger Brauer Leonhard Kempter. Mit ihm erhält die Brauerei in der Burgstraße 16 [B] den Namen „Kemptersche Bräustatt“, aus dem sich die spätere Bezeichnung Kempterbräu ableitet. Leonhard Kempter führt die Brauerei bis zu seinem Tod im Jahr 1700.

1700 – Johann Georg Kempter übernimmt den Kempterbräu

München-Graggenau * Nach dem Tod von Leonhard Kempter geht der Kempterbräu [B] an seinen Sohn Johann Georg Kempter über, der die Brauerei als Erbe übernimmt.

1703 – Johann Georg Zenger übernimmt den Zengerbräu



München-Graggenau * Martin Zenger führt den Zengerbräu [A] bis 1703. Anschließend geht die Brauerei an seinen Sohn Johann Georg Zenger über, der den väterlichen Betrieb übernimmt.

1705 – Sofie Kempter bleibt Eigentümerin des Kempterbräu

München-Graggenau * Nach dem Tod von Johann Georg Kempter geht der Kempterbräu [B] an seine Witwe Sofie Kempter über. Noch im selben Jahr heiratet sie den Brauer Hans Georg Karg. Trotz ihrer Wiederverheiratung bleibt Sofie Kempter selbst Eigentümerin der Brauerei.

1713 – Zengerbräu und Kempterbräu wieder in einer Hand

München-Graggenau * Sofie Karg, Eigentümerin des Kempterbräu [B], verkauft die Braustätte an ihren Nachbarn Johann Georg Zenger, den Besitzer des Zengerbräu [A]. Damit befinden sich beide Brauhäuser in der Burgstraße 16 wieder in einer Hand. Johann Georg Zenger betreibt fortan sowohl den Zengerbräu [A] als auch den Kempterbräu [B].

1746 – Magdalena Zenger übernimmt die Leitung beider Brauereien

München-Graggenau * Nach dem Tod von Johann Georg Zenger übernimmt seine Witwe Magdalena Zenger die Leitung der beiden vereinten Braubetriebe in der Burgstraße 16. Sie führt fortan den Zengerbräu [A] und den Kempterbräu [B].

1754 – Ende der Ära Zenger

München-Graggenau * Magdalena Zenger verkauft die beiden Brauhäuser in der Burgstraße 16 an den Brauer Franz Xaver Bernhard Grandauer. Damit endet die Ära der Familie Zenger, und beide Braustätten gehen gemeinsam in den Besitz Grandauers über.

1766 – Maria Anna Grandauer führt die Brauerei weiter

München-Graggenau * Nach dem Tod des Brauers Franz Xaver Bernhard Grandauer übernimmt seine Witwe Maria Anna Grandauer die Leitung der beiden Brauhäuser in der Burgstraße 16 und führt den Braubetrieb weiter.



26. Juni 1770 – Mozart erhält von Papst Clemens XIV. den Orden vom Goldenen Sporn

Rom-Vatikan * Wolfgang Amadeus Mozart wird durch Papst Clemens XIV. mit dem Orden vom Goldenen Sporn ausgezeichnet. Der Träger ist berechtigt, sich cavaliere, Chevalier oder Ritter zu nennen. Selbst der sonst so geschwätzigste Leopold Mozart schweigt auffällig über die Auszeichnung seines Sohnes. Der Grund liegt bei den adeligen Ruperti-Rittern in Salzburg, die dem bürgerlichen musicus diesen gesellschaftlichen Aufstieg nicht vergönnen.

1776 – Gabriel Zistl wird Miteigentümer der Brauerei

München-Graggenau * Maria Anna Grandauer heiratet den Brauer Gabriel Zistl, der damit Miteigentümer der beiden Brauhäuser in der Burgstraße 16 wird. Gemeinsam führen sie den Braubetrieb weiter. Gabriel Zistl braut hier bis zum Jahr 1786.

1782 – Ein Dekret gegen die allzu zahlreichen Handwerker

München - Au - Haidhausen - Giesing * Kurfürst Carl Theodor erlässt ein Dekret gegen die allzu zahlreichen Handwerker des Münchner Ostends, in dem es heißt: „Sie nehmen den bürgerlichen Handwerksleuten die Nahrung weg und verfallen doch bald dem Bettel und dem Almosen“.

1782 – Beliebtes Freizeitvergnügen aller bürgerlichen Stände

München * In seinen „Beschreibungen der Haupt- und Residenzstadt München“ bezeichnet Lorenz von Westenrieder das Buden- und Wandertheater als ein beliebtes Freizeitvergnügen aller bürgerlichen Stände. Besonders das einfache Volk findet Gefallen an den derben Späßen und Spektakelstücken. Der Schauspieldirektor des Dulttheaters, Lorenz Lorenzini, macht mit seiner Kreuzerkomödie - so genannt, weil der Eintritt nur einen Kreuzer kostet - Furore. Pathos und Rührung, Zoten und „Hanswurstiaden“ beherrschen das Stück.

1786 – Franz Xaver Freytag übernimmt die Zengerbrauerei

München-Graggenau * Nach dem Tod des Brauers und Miteigentümers Gabriel Zistl erwirbt Franz Xaver Freytag die Zengerbrauerei mit ihren beiden Brauhäusern in der Burgstraße 16.



14. Juli 1790 – Dank- und Huldigungsadresse der Bürgerschaft an den Kurfürsten

München * Um den immer lauter werdenden Klagen über den „Missbrauch der Fürstenmacht“ und die „Missachtung der Bürgersorgen“ die Wirkung zu nehmen, tritt Benjamin Thompson die Flucht nach vorne an. Er organisiert für den ersten Jahrestag des Sturmes auf die Bastille eine öffentliche Dank- und Huldigungsadresse an den Kurfürsten. Zu diesem Zwecke lässt er eine Druckschrift vorbereiten, die im Namen anonymer Bürger - in einer äußerst unterwürfigen Formulierung - die Reformmaßnahmen des vergangenen Jahres preisen und Kurfürst Carl Theodor als „Quelle aller wahrhaft bürgerlichen Glückseligkeit“ hervorhebt. Damit verletzt der Amerikaner die „magistratische Alleinvertretungskompetenz in Angelegenheiten der Bürgerschaft“. Der Magistrat, den man bei der Formulierung der Adresse übergangen hat, sieht sich in seiner verfassungsrechtlichen Position als Sprecher der Bürger verletzt und distanziert sich von dem ganzen Vorgang.

1799 – Kreszentia Freytag führt den Zengerbräu weiter

München-Graggenau * Nach dem Tod des Zengerbräus Franz Xaver Freytag übernimmt seine Witwe Kreszentia Freytag die Leitung der Brauerei. Sie führt den Zengerbräu bis zum Jahr 1805 weiter.

24. September 1799 – Das Militärische Arbeitshaus wird aufgelöst

Au * Das Militärische Arbeitshaus in der Au wird bereits nach zehn Jahren wegen Unrentabilität wieder aufgelöst. Als Grund gibt Kurfürst Max IV. Joseph an, dass die „Monturstücke für die kurfürstlichen Regimenter, die aus dem Militärarbeitshaus geliefert werden, teurer als bei den bürgerlichen Gewerbeleuten“. Die Arbeiter überlässt man weitgehend ihrem Schicksal.

1802 – München verfügt über 1.397 bürgerliche Gerechtigkeiten

München * München verfügt über 1.397 bürgerliche Gerechtigkeiten, einschließlich des Handels. Das bedeutet einen Rückgang von 374 Gerechtigkeiten gegenüber dem Jahr 1618 - trotz des Anstiegs der Bevölkerungszahlen.

25. Februar 1802 – Es ergeht eine wichtige Instruktion zur Klosteraufhebung



München-Graggenau * Es ergeht eine weitere wichtige Instruktion zur Klostersaufhebung. Sie ist unmittelbar für das Franziskanerkloster St. Anton in München bestimmt, wird aber richtungsweisend für die tatsächliche Durchführung der Klostersaufhebungen. Sofort nach Erhalt der Instruktion muss sich Graf Arco in das Kloster begeben, das Bargeld zählen und das übrige Klostervermögen feststellen. Anschließend haben sich alle Klostermitglieder im Refektorium zu versammeln, wo ihre Personalien, Beschäftigungen und besonderen Einsätze schriftlich festgehalten werden. Bei diesem überfallartigen Vorgehen geht es um Geld und sonstiges für die Staatskasse interessantes Vermögen und um weitere Einsparungen für den Staat. Dem Kommissar ist eingeschärft worden, „diesen Auftrag in der vorgeschriebenen Ordnung mit allem Eifer, Schnelligkeit und der Sache angemessenen Anstand in Vollzug zu bringen“. Die Ergebnisse gehen an die Spezial-Klosterkommission. Der weitere Inhalt der Instruktion lautet kurz gefasst: Alle Ausländer sind umgehend in ihre Heimat zu schicken; sie erhalten 25 Gulden Zehrgeld und einen Reisepass; aber Abreisetag und Reiseroute werden genau festgelegt. Wer gesund und nicht zu alt ist, muss drei Tage nach der Mitteilung auswandern; nur einige Alte und Gebrechliche erhalten Aufschub bis April. Das Sammeln auf der Reise ist den Mönchen strengstens verboten. Alle inländischen Laienbrüder, die in das bürgerliche Leben zurückkehren wollen, erhalten zum Auszug 25 Gulden und die nötigen Kleider. Diejenigen, die den Ordensstand nicht verlassen wollen, sind - bis auf wenige, die noch zu den nötigsten Hausarbeiten als Gärtner, Köche, in der Brauerei und so weiter benötigt werden - auf die oberpfälzischen oder baierischen Prälatenklöster als Konventdiener oder Pfründner zu verteilen. Die nach Abzug der Kranken und Ausländischen verbliebenen sieben Laienbrüder des Münchener Franziskanerklosters sind in ständische Abteien zu schicken. Die kurfürstliche Verordnung gibt auch Anweisung über den möglichen Rücktritt von Priesterbrüdern der Mendikantenorden in den Weltpriesterstand. Diese Mönche müssen sich einer Prüfung durch die Spezial-Klosterkommission unterziehen. Dabei werden weniger ihre theologischen Kenntnisse begutachtet, sondern vielmehr festgestellt, „ob die Austretenden auch im Sinne der Staatsauffassung genügend aufgeklärt“ sind. Haben die Aspiranten ihre Prüfung bestanden, erhalten sie von der Kommission die Erlaubnis zum Überwechseln mit einer jährlichen Pension von 125 Gulden.

1805 – Josef Stegmayr übernimmt die verschuldete Zengerbrauerei

München-Graggenau * Die inzwischen verschuldete Zengerbrauerei geht an den aus Hohenwart stammenden Brauer Josef Stegmayr über. Damit beginnt für den Zengerbräu ein neuer Abschnitt unter einem neuen Eigentümer.



3. April 1807 – Mandat zur Neuorganisation des Bürgermilitärs

München * Das „Mandat über die Uniformierung und Organisation des bürgerlichen Militärs in den Städten, Flecken und Märkten des Königreichs“ wird erlassen. Es bildet eine allgemein verbindliche Rechtsgrundlage für den Wach- und Sicherheitsdienst des Bürgermilitärs, denn bisher hatten die Bürger diese Aufgabe ja freiwillig erfüllt. Wichtigster Punkt für den Staat ist die neue allgemeine Musterungspflicht aller Bürger zum Bürgermilitär. Untaugliche müssen eine Wehersatzgebühr bezahlen. Als Gegenleistung gesteht der Staat den Offiziers- und Unteroffizierskorps der einzelnen Waffengattungen des Bürgermilitärs ihre Ergänzung und Beförderung zu höheren Chargen zu. Über die Aufgabe des Bürgermilitärs sagt das Mandat folgendes: „[...] Nie kehrt der Bürger seine Waffen gegen den äusseren Feind. Seine Bestimmung bleibt ausschliessend, den friedlichen, rechtlichen Einwohner zu beschützen, und die Wirkungen des Gesetzes gegen polizeiliche Vergehungen und das Verbrechen zu unterstützen. Er übernimmt demnach bei dem Abzuge der Feldregimenter aus den Garnisonen den Dienst daselbst, besorgt denselben in jenen Städten, wo keine gewöhnliche Garnison liegt, für beständig, um durch auszusendende Sicherheits-Patrouillen die Umgebungen vor allem, der öffentlichen Ruhe und Sicherheit gefährlichen Gesindel rein zu halten.“ Das unmittelbare Kommando über das lokale Bürgermilitär hat der jeweils ranghöchste beziehungsweise rangälteste Bürgeroffizier. Dieser untersteht wiederum in einer Garnisonsstadt der militärischen Stadtkommandantschaft, ansonsten dem zivilen Landrichter oder Polizeidirektor. Der Vorschlag für ein Pferderennen aus Anlass der Kronprinzenhochzeit (1810) kommt aus den Reihen der Königlich-Baierischen Nationalgarde III. Klasse. Diese entwickelte sich aus dem Städtischen Wehrwesen. Dieses Münchner Bürgermilitär gehört nicht im eigentlichen Sinne zur Münchner Garnison. Die traditionelle Abgrenzung von Armee und Bürgertum beziehungsweise von Garnison und Bürgerwehr bleibt bis weit ins 19. Jahrhundert bestehen.

November 1812 – Das Vorstadttheater am Isartor ist Königs Liebling

München-Angerviertel * Das neue „Königliche Vorstadttheater am Isartor“ spielt mit noch größerem Erfolg als zuvor, und wird dadurch zum Schoßkind des Königpaares, die es als das „lustigste, eigentümlichste Theater der Welt“ bezeichnet. Es zählt zu den ersten Theaterbauten Deutschlands, die losgelöst von höfischer Kultur für ein breites bürgerliches Publikum errichtet wurden. Die Schauspieler der Weinmüller-Truppe dürfen sogar im Cuvilliés-Theater aushelfen.



30. Mai 1814 – Die Befreiungskriege sind beendet

Paris * Mit dem Ersten Frieden von Paris werden die napoleonischen Befreiungskriege beendet. Es ist ein Versöhnungsfrieden, der Frankreich als Großmacht in den Grenzen von 1792 bestehen lässt. Das Land erhält sogar besetzte Kolonien und Handelsniederlassungen zurück. Der Erste Pariser Frieden legt in einer völkerrechtlich verbindlichen Formel fest: „Die Staaten Deutschlands werden unabhängig und durch ein föderatives Band vereinigt sein.“ Damit ist die Restauration der vorrevolutionären Verhältnisse des alten Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation ebenso ausgeschlossen, wie die Gründung eines deutschen Einheitsstaates. Durch die von Napoleon initiierte große Flurbereinigung der deutschen Landkarte ist die Zahl der deutschen Staaten auf ein überschaubares Maß reduziert worden. Das hat jedoch an den zum Teil enormen Größenunterschieden nichts geändert. Durch die erheblich vergrößerten süddeutschen Mittelstaaten Bayern, Württemberg, Baden und anderer war ein neuer Machtfaktor entstanden. Die Neuordnung erfolgt freilich unter den Eindrücken der bürgerlichen Reformprojekte der Französischen Revolution, die bereits zuvor in den deutschen Einzelstaaten Resonanz gefunden und dort manche Impulse zur Modernisierung der Staats- und der Gesellschaftsordnung ausgelöst hat.

Juni 1815 – Die Zeit des Biedermeier

Deutscher Bund * Die Zeitspanne vom Ende des Wiener Kongresses [1815] bis zum Beginn der bürgerlichen Revolution [1848] in den Ländern des Deutschen Bundes wird als Biedermeier bezeichnet. In dieser Zeit wird ein großer Teil der Bevölkerung daran gehindert, einen eigenen Hausstand zu gründen und zu heiraten. Als besonders streng gelten die Vorschriften im rechtsrheinischen Königreich Bayern. Noch bis zum Ende des 19. Jahrhunderts ist die Eheschließung in Bayern an eine obrigkeitliche Genehmigung gebunden.

1818 – Ein nicht immer spannungsfreies Zusammenleben

Ramersdorf - Haidhausen * Das Verhältnis zwischen den Bewohnern der Ramersdorfer Lüften und der eher bäuerlich strukturierten Bevölkerung in Ramersdorf gestaltet sich nicht immer spannungsfrei. Jedenfalls begehren die Haidhauser und später die Münchner dieses Gebiet, auch deshalb, weil die Grenzziehung zwischen den Gemeinden immer etwas verworren ist. Diese Ungereimtheiten gehen auf die Bildung der bürgerlichen Gemeinde Ramersdorf zurück. Damals nimmt man keine Rücksicht auf die Grenzen der bereits bestehenden Steuerdistrikte. Deshalb kommen die Ramersdorfer Lüften zum Steuerdistrikt Haidhausen.



26. März 1820 – König Max I. Joseph soll ein Denkmal bekommen

München-Graggenau * Der Magistrat der Haupt- und Residenzstadt München beschließt, König Max I. Joseph ein Denkmal zu setzen. Anlass ist der bevorstehende zweite Jahrestag der Bayerischen Verfassung. Der König soll als „Vater des Vaterlandes“ und als „Friedensfürst“ dargestellt werden. Zur Aufbringung der Kosten richtet man eine Subskription ein, eine für die damalige Zeit durchaus übliche Vorgehensweise. An vielen Orten in Deutschland und ganz Europa konstituieren sich im 19. Jahrhundert solche Kommissionen, deren Bestreben es ist, für eine zu ehrende Person - häufig sind es allerdings bürgerliche Größen der Geistes- und Kulturgeschichte - ein Denkmal zu errichten. Sie fungieren als unermüdliche Geldbeschaffer, Ausarbeiter eines Programms und Auftraggeber für einen Künstler.

1822 – Ein aussichtsloser Kampf gegen die Mayer'sche Lederfabrik

Untergiesing * Die bürgerliche Schuhmacherzunft Münchens und der Vorstadt Au entschließt sich, nachdem sie jahrelang dem Geschehen in der Mayer'schen Lederfabrik tatenlos und voller Neid zugesehen hat, zu einem Protest bei „allerhöchster Stelle“ - vermutlich dem Königlichen Ministerium des Inneren - gegen die „gewissenlosen Gewerbebeeinträchtigungen, welche wir von den hiesig- und umliegenden Lederfabrikanten und Israeliten durch die widerrechtliche Anmaßung der Selbstfabrikation ihrer in Accord übernommenen Militärlieferungen viele Jahre hindurch sehr empfindlich zu erdulden hatten“. In der Folge fordert die Behörde den Lederfabrikanten auf, künftige Militäraufträge bei den ansässigen Schuhmachermeistern fertigen zu lassen. Doch die Freude der Schuster über ihren Sieg gegenüber dem Lederfabrikanten dauert nur kurz. Dem geschäftstüchtigen Fabrikbesitzer Ignaz Mayer gelingt es nämlich, den Schwabinger Schumacher Hanrieder davon zu überzeugen, dass er seine Werkstatt mit „Sack und Pack“ sowie mit der Genehmigung der zuständigen Behörden in die Untergiesinger Lederfabrik verlegt. Der Schuhmacher erhält dafür „eine wöchentliche Entschädigung [...], und [kann] sonach genüßlich sein Leben in Wohltätigkeit durchbringen“. Ignaz Mayer aber kann über den Trick der ausgeliehenen Hanriederischen Konzession - sehr zur Empörung der bürgerlichen Schuhmacherzunft Münchens und der Vorstadt Au - seine Militärlieferungen auch künftig weiter in eigener Regie herstellen lassen. Der Schuhmacherzunft bleibt nur mehr das Beschreiten des Protestwegs. Ihr Protest gegen die „unerlaubte Transferierung einer Gewerbekonzession von einer Vorstadt in die andere“ findet beim Königlichen Landgericht zunächst positives Gehör. Doch die Regierung des Isarkreises hebt das Verbot umgehend wieder auf. Eine königliche Anweisung zieht schließlich einen Schlusstrich unter die Affäre - und zwar zugunsten der industriellen Produktion in der Lederfabrik. Es war das Königliche Handelsministerium, das sich in



den Vorgang um die umstrittene Konzession einmischte und die Entscheidung zugunsten des Hoflieferanten beeinflusste. Wenn schon nicht das Einzelmitglied, so hätte doch die Schuhmacherzunft den Einfluss ihres Kontrahenten und damit die Aussichtslosigkeit ihres Unterfangens erkennen müssen. Immerhin ist Ignaz Mayer nicht nur der Schwiegersohn des dem bayerischen Königs als millionenschweren Kreditgebers unentbehrlich gewordenen Leonhard von Eichthal, sondern seit dem Jahr 1809 auch der Schwiegervater von Simon Freiherr von Eichthal, der bei der Gründung der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank eine zentrale Rolle spielte.

Der Hofbankier organisiert nicht nur die neue Kreditbank, sondern stellte auch dem späteren König Ludwig I. Mittel für seine Kunsteinkäufe zur Verfügung.

1825 – Anna Maria Stegmayr übernimmt den Zengerbräu

München-Graggenau * Nach dem Tod von Josef Stegmayr übernimmt seine Witwe Anna Maria Stegmayr die Leitung des Zengerbräu und führt den Braubetrieb weiter.

6. August 1829 – Geburt von Franz Xaver Hierl

Dachau * In Dachau wird Franz Xaver Hierl geboren. Er übernimmt später den Zengerbräu und führt die Brautradition der Familie Hierl fort.

15. Oktober 1829 – Walburga Veitl wird geboren

Hohenschambach * Walburga „Wally“ Veitl wird geboren. Sie stammt aus Hohenschambach und wird später durch ihre Heirat mit Franz Xaver Hierl zu einer der prägenden Persönlichkeiten in der Geschichte des Münchner Zengerbräu.

27. Mai 1832 – Kritische Töne auf dem Hambacher Fest gegen die Regierung

Hambach * Auf dem Hambacher Fest demonstrieren rund 30.000 Menschen aus Süddeutschland in den Farben Schwarz-Rot-Gold für die Einheit Deutschlands, für eine föderative deutsche Republik und für eine Allianz der demokratischen Bewegungen Europas. Offenbar sind viele Frauen dem Aufruf gefolgt, der sich ja auch ausdrücklich an die „deutschen Frauen und Jungfrauen“ gewendet hat, „deren politische Missachtung in der europäischen Ordnung ein Fehler [...] ist“. Die Festteilnehmer tragen Fahnen mit politischen Aufschriften mit, die auf die



Themen der Veranstaltung aufmerksam machen. In mehr als zwanzig Reden beschreibt man die augenblickliche politische Lage und beschreibt - in einer heute ungewohnt pathetischen Sprache - die künftige Gestaltung Deutschlands. Die Forderung nach Einheit meint die staatliche Einheit der deutschen Kulturnation, die auf der gemeinsamen Sprache und der gemeinsamen historischen Vergangenheit beruht. Die Forderung nach Freiheit meint die bürgerlichen Rechte wie Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Freizügigkeit sowie Handels- und Gewerbefreiheit. Die Forderung nach Gleichheit richtet sich gegen die mittelalterliche „Ständeordnung“, die die Menschen in Adel, Klerus und den dritten Stand, welcher über keinerlei politischen Rechte verfügt, einteilt. Gleichheit meint aber auch eine Gleichberechtigung aller Staatsbürger vor dem Gesetz ohne Bindung an den Geburtsstand. Gegen dieses absolutistische System setzen die Hambacher die Volkssouveränität als den obersten Wert der Staatsverfassung. Die Macht im Staate soll vom Volk ausgehen, gesetzlich festgelegt und kontrollierbar sein, damit Willkürakte verhindert werden und der Einzelne mit Hilfe der Gesetze in seinen Eigentums- und Freiheitsrechten geschützt ist. Anstelle der dem Fürsten verantwortlichen Heere fordern die Hambacher eine allgemeine Bürgerbewaffnung. Die Frau wird als gleichberechtigte Partnerin des Mannes gesehen. Sie ist „nicht mehr die dienstpflichtige Magd des herrschenden Mannes, sondern die freie Genossin des freien Bürgers“, deren Aufgabe es ist, frühzeitig ein politisches Verantwortungsbewusstsein in den Kindern zu wecken. Überhaupt sehen die in Hambach Versammelten in der politischen Bildungsarbeit ein bedeutendes Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen. Das soll in einem öffentlichen Meinungsbildungsprozess in der Presse und auf Volksversammlungen gefördert werden, damit sich die Ziele der Einheit, der Freiheit, der Gleichheit und der Volkssouveränität in der Bevölkerung festsetzen und so allmählich gewaltlos verwirklicht werden können.

1840 – Die Brauerfamilie Hierl übernimmt den Zengerbräu

München-Graggenau * Das Brauerehepaar Josef und Kreszentia Hierl übernimmt den Zengerbräu in der Burgstraße. Zuvor führt die Familie bereits in vierter Generation die Gänsstaller-Brauerei in Dachau. Mit der Übernahme beginnt für den Zengerbräu ein neuer Abschnitt unter der erfahrenen Brauerfamilie Hierl.

März 1840 – Theres Feldmüller erwirbt weitere Grundstücke in Obergiesing

Obergiesing * Theres Feldmüller erwirbt weitere Grundstücke in Obergiesing. Sie lässt ihre Äcker und Wiesen parzellieren und verkauft - wann immer sie Geld braucht - ein Stück ihres Grundbesitzes als Bauplatz an zugewanderte Kleingewerbetreibende, Tagelöhner und Arbeiter



des Baugewerbes zum Bau von Eigenheimen. Auch neu erbaute Häuser kauft und verkauft sie öfter. Die Feldmüller-Siedlung entsteht. Dieses Arbeiterquartier aus der Zeit König Ludwig I. entwickelt sich gleichzeitig mit der mittelständisch-bürgerlichen Maxvorstadt.

1842 – Eine Feuersbrunst zerstört die beiden Braustätten

München-Graggenau * Eine schwere Feuersbrunst zerstört die beiden Braustätten des Brauerehepaars Josef und Kreszentia Hierl in der Burgstraße 16. Teile der Produktion müssen daraufhin in den zur Brauerei gehörenden Zengerbräukeller an der Kellerstraße verlegt werden. Unter diesen erschwerten Bedingungen kann der Braubetrieb nur noch stark eingeschränkt aufrechterhalten werden. Dieses Provisorium besteht bis zum Jahr 1853.

6. Januar 1848 – Die Stimmungslage wird für München positiv eingeschätzt

München * Zu Beginn des Jahres 1848 herrscht eine positive Lage in München. In Geheimberichten heißt es: „Die Stimmung gegen die Frau Gräfin von Landsfeld ist gleichfalls von Seiten der Bürgerschaft gut zu nennen und wenn auch hie und da sich ein oder das andere bürgerliche Individuum beygehen lassen sollte, Resonements auszusprechen, so ist dies eine Folge von hochgestellten Personen, die in Gast- oder Kaffeehäusern Abends zusammen kommen und dort Gespräche führen, woraus sich Resonements gegen die Frau Gräfin entnehmen lassen.“

1. März 1848 – Das Ziel heißt: Überwindung der Restaurationspolitik

Deutschland * Innerhalb weniger Wochen greifen die revolutionären Vorgänge auch auf die übrigen Staaten des Deutschen Bundes über. Ein wesentliches Ziel der Märzrevolution ist die Überwindung der Restaurationspolitik, die die Zeit seit dem Wiener Kongress geprägt hat. Einer der bedeutendsten Verfechter der politischen Restauration ist der österreichische Staatskanzler Klemens Wenzel Fürst von Metternich. Die Politik der Restauration wurde auf dem Wiener Kongress am 9. Juni 1815 von den meisten europäischen Staaten beschlossen. Sie sollte innenpolitisch und zwischenstaatlich die politischen Machtverhältnisse des Ancien Régime in Europa wiederherstellen, wie sie vor der Französischen Revolution von 1789 geherrscht hatten. Dies bedeutet die Vorherrschaft des Adels und die Wiederherstellung seiner Privilegien. Weiterhin sollte die napoléonische Neuordnung Europas, die mit dem Code civil auch bürgerliche Rechte etabliert hatte, rückgängig gemacht werden. Innenpolitisch wurden



im Zuge der Restauration Forderungen nach liberalen Reformen oder nach nationaler Einigung unterdrückt, Zensurmaßnahmen verschärft und die Pressefreiheit stark eingeschränkt. Vor allem die studentischen Burschenschaften sind zu dieser Zeit die Träger der Forderung nach nationaler Einigung und demokratischen Bürgerrechten. In manchen Ländern des Deutschen Bundes lenken die Fürsten rasch ein. Dort kommt es bald zur Errichtung von liberalen „Märzministerien“, die den Forderungen der Revolutionäre nachkommen, durch Einrichtung von Schwurgerichten, der Abschaffung der Pressezensur, und der Bauernbefreiung. Oft bleibt es jedoch bei bloßen Versprechungen.

29. Juni 1848 – Erzherzog Johann zum Reichsverweser gewählt

Frankfurt am Main * Die Nationalversammlung wählt den österreichischen Erzherzog Johann zum Reichsverweser. Die Monarchisten stimmen zu, da er Fürst ist, die Großdeutschen, da er Österreicher ist, der Linken ist er genehm, weil er als volkstümlich gilt. Überhaupt ist Erzherzog Johann ein Gegner Metternichs gewesen. Seine Popularität bei den Linken basiert auch auf seiner morganatischen Ehe mit einer bürgerlichen Postmeisterstochter. Am 18. Februar 1829 hatte er die aus Aussee stammende Anna Plochl geheiratet und hinnehmen müssen, dass er von der Thronfolge ausgeschlossen wurde.

1850 – Bierkeller zählen zu den Volksbelustigungsorten

München * Die Münchner Bierkeller sind in bürgerlichen Kreisen so populär, dass man sie zu den Volksbelustigungsorten zählt.

1850 – Xaver Hierl erwirbt das historische Braurecht des Angerklosters

München-Graggenau * Franz Xaver Hierl erbt den Anteil seiner Mutter am Zengerbräu und erwirbt zugleich die alte Braugerechtigkeit des Angerklosters. Mit ihr ist ein bis ins 13. Jahrhundert zurückreichendes Braurecht verbunden, das als eines der ältesten Münchens gilt. Seit der Säkularisation des Klosters wechselt dieses historische Braurecht mehrfach den Besitzer und wird zeitweise zum Gegenstand geschäftlicher Spekulationen. Für Franz Xaver Hierl bildet der Erwerb der Angerkloster-Braugerechtigkeit die Grundlage, an der Kellerstraße eine eigene Brauerei aufzubauen. Damit führt er mehrere traditionsreiche Münchner Braulinien zusammen und schafft die Voraussetzungen für die weitere Entwicklung des Zengerbräu.



1. Oktober 1851 – Karl Falk erhält die Genehmigung zum Neubau seines Wohnhauses

Vorstadt Au * Die Baubehörde der K. Haupt- und Residenzstadt München erteilt dem bürgerlichen Tapezierermeister Karl Falk die Genehmigung zum Neubau seines Wohn- und Waschhauses in der Unteren Isargasse 45. Die Pläne stammen von dem Maurermeister Johann Babenstuber und dem Zimmermeister Peter Erlacher. Der für München typische verputzte Ziegelsteinbau umfasst ein Erdgeschoss und zwei Geschosse mit vier Fensterachsen. Nur der ältere Teil des Hauses ist unterkellert. Der Eingang befindet sich - über drei Stufen - an der rechten Seite des Wohnhauses. Das Treppenhaus befindet sich im rückwärtigen Teil des Gebäudes. Die drei Wohnetagen besitzen identische Grundrisse. In jedem Stockwerk befindet sich eine Wohnung mit jeweils drei Zimmern, Küche, Abort und Abstellkammer.

1855 – Nie ausgeführte Ausbaupläne für das Anwesen von Karl Falk

München-Au * Pläne zum Ausbau des Dachgeschosses für das Wohnhaus des bürgerlichen Tapezierermeisters Karl Falk werden zwar erstellt, aber nie ausgeführt. Die Höhe der zusätzlichen Wohnung hätte wegen des Satteldachs nur rund 2.30 Meter betragen.

1857 – Xaver Hierl sichert die Brennstoffversorgung

München-Graggenau - Eichenried * Franz Xaver Hierl erwirbt in Eichenried ein Anwesen mit Wohnhaus, Stall und Stadel. Mit dem Kauf sichert er sich zugleich den Zugang zu den dortigen Torfvorkommen. Torf dient zu dieser Zeit als wichtiger Brennstoff für die Münchner Brauereien und wird auch für den Betrieb des Zengerbräu benötigt. Der Erwerb trägt damit zur langfristigen Sicherung der Energieversorgung der Brauerei bei.

22. Februar 1859 – Xaver Hierl heiratet Walburga Hagn

München-Graggenau * Im Alter von dreißig Jahren ist Franz Xaver Hierl bereits zweimal verwitwet. Am 22. Februar 1859 heiratet er in dritter Ehe die gleichaltrige Witwe Walburga Hagn, geborene Veitl. Mit Walburga Hierl tritt eine ausgesprochen geschäftstüchtige Frau an seine Seite, die für die weitere Entwicklung der Brauerei eine bedeutende Rolle spielen wird.

1860 – Übergabe des Zengerbräus an Franz Xaver Hierl



München-Graggenau * Josef Hierl überträgt seine gesamten Gewerbeimmobilien auf seinen Sohn Franz Xaver Hierl. Damit geht der Zengerbräu-Komplex in dessen Besitz über, und Franz Xaver übernimmt die maßgebliche Verantwortung für den Familienbetrieb.

September 1861 – Anfrage wegen einer Konzession für eine Pferdebahn

München - New York * Der aus New York stammende Zivil-Ingenieur S. A. Beer sucht in München um eine Konzession für eine Pferdebahn nach. Doch der Münchner Magistrat lässt den Amerikaner abblitzen, weil die Sache für ihn zu wenig erprobt und er München schlichtweg für zu klein hält. Tatsächlich besteht München damals lediglich aus der Innenstadt, der zum ehemaligen Burgfrieden gehörenden Anna-Vorstadt, der Maxvorstadt, der Ludwigsvorstadt, der Isarvorstadt und den seit dem 1. Oktober 1854 eingemeindeten Vorstädten Haidhausen, Au und Giesing. Durch die Eingemeindung hat sich das Stadtgebiet Münchens zwar verdoppelt. Doch dieses Stadtgebiet entspricht mit seinen rund 3.200 Hektar gerade einmal zehn Prozent der heutigen Stadtfläche, die damals von 130.222 Menschen bewohnt wird. Außerdem, so lautet ein weiteres Argument des Stadt-Magistrats, hat ja der bürgerliche Lohnkutscher Michael Zechmeister gerade einen privaten Stellwagenverkehr eingerichtet, der seine drei Groschenwagen fünfmal täglich die Strecke Centralbahnhof - Marienplatz - Tal - Lilienstraße - Mariahilfplatz anfahren lässt.

1862 – Xaver Hierls letztes Braujahr

München-Graggenau * Für Franz Xaver Hierl endet 1862 die aktive Brautätigkeit. Auslöser ist ein Streit mit der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank über zu entrichtende Hypothekenzinsen. Der finanzielle Konflikt führt dazu, dass 1862 zu seinem letzten Braujahr wird.

1863 – Der Münchner Männerturnverein will eine Freiwillige Feuerwehr gründen

München * Der Münchner Männerturnverein betreibt die Gründung einer Freiwilligen Feuerwehr. Doch die bürgerlichen Entscheidungsträger lassen das Projekt erneut scheitern.

10. November 1863 – Ein Hirtenbrief fordert die Haberer zum Aufgeben auf

München * Mit einem Hirtenbrief forderte Erzbischof Gregorius von Scherr die immer radikaler



agierenden Haberer auf, „von einem Thun und Treiben abzulassen, das gegen die Grundsätze der Religion, der bürgerlichen Ordnung und aller Sittlichkeit verstößt“.

1864 – Stillstand des Braubetriebs

München-Graggenau * In der Folge des Streits mit der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank kommt der Braubetrieb des Zengerbräu zum Erliegen und ruht für die nächsten vier Jahre.

21. April 1864 – Max Weber, der spätere Soziologe, wird in Erfurt geboren.

Erfurt * Max Weber, der spätere Soziologe, Ökonom, Jurist, Historiker und politische Analyst, wird - in großbürgerlichen Verhältnissen - in Erfurt geboren.

17. September 1868 – Die Braugerechtsame fällt an die Bank

München-Graggenau * Das Stadtgericht rechts der Isar entscheidet, dass die mit dem Zengerbräu verbundene Braugerechtsame für den Standort an der Kellerstraße an die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank übergeht. Damit verliert die Familie Hierl zunächst die rechtliche Grundlage, den Braubetrieb an der Kellerstraße unter dieser Braugerechtsame fortzuführen.

24. Oktober 1868 – Walburga Hierl sichert die Zukunft des Zengerbräu

München-Graggenau * Nur wenige Wochen nach dem Gerichtsurteil erwirbt Walburga Hierl, die Ehefrau von Franz Xaver Hierl, am 24. Oktober 1868 die Braugerechtsame des Zengerbräu für den Standort an der Kellerstraße von der Bank zurück. Noch im selben Jahr nimmt sie den seit mehreren Jahren ruhenden Braubetrieb wieder auf und schafft damit die Grundlage für den Fortbestand der Brauerei. Das ist besonders auffällig, weil Franz Xaver keineswegs gestorben ist – er lebt bis zum 12. Januar 1883. Walburga Hierl übernimmt die Verantwortung für die Brauerei und trennt ihre wirtschaftlichen Interessen zunehmend von denen ihres Ehemanns.

1869 – Erster Anlauf zur Aktienbrauerei



München-Graggenau * Es entstehen Pläne, den Zengerbräu in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Das neue Unternehmen soll den Namen „Erste Münchner Actienbrauerei“ tragen. Ein gedruckter Prospekt liegt bereits vor, doch das Vorhaben kommt nicht zustande. Zunächst stößt der Plan auf den Widerstand von Franz Xaver Hierl, offenbar weil er nicht in die Vorbereitungen einbezogen ist. Schon bald einigen sich die Beteiligten jedoch: Hierl erklärt sich bereit, die Brauerei in der Burgstraße 16 sowie die Brauerei in Eichenried in die geplante Aktiengesellschaft einzubringen. Trotzdem wird das Projekt nicht verwirklicht – vermutlich finden sich nicht genügend Kapitalgeber. Die geschäftstüchtige Walburga Hierl verfolgte die Pläne für die Umwandlung ihrer Zengerbrauerei in eine Aktiengesellschaft weiter.

9. Mai 1869 – Der Deutsche Alpenverein wird gegründet

München * Im Gasthof Zur blauen Traube gründen 36 Männer, 34 davon aus München, dazu ein Kurat aus Vent im Ötztal und ein Prager Kaufmann, einen „bildungsbürgerlichen Bergsteigerverein“. Das ist die Geburtsstunde des Deutschen Alpen Vereins. Im Paragraph 1 der Vereinsstatuten ist als Ziel festgeschrieben: „[...] die Kenntniss der deutschen Alpen zu verbreiten und die Bereisung Derselben zu erleichtern.“

1870 – Der Mittelbereich des Neuen Rathauses wird von Bildhauern gestaltet

München-Graggenau * Der Mittelbereich des Neuen Rathauses wird von Bildhauern gestaltet. Er zeigt in Standbildern die bürgerlichen Tugenden: Gewerbefleiß, Häuslichkeit, Wehrhaftigkeit und Mildtätigkeit.

19. Dezember 1870 – Franz Xaver Hierl verlässt die eheliche Wohnung

München-Haidhausen * Franz Xaver Hierl, Brauer des Zengerbräu, zieht aus der gemeinsamen Wohnung des Ehepaars in der Kellerstraße aus. Die Ehe von Franz Xaver und Walburga Hierl ist zu diesem Zeitpunkt offenbar bereits schwer belastet. Als wesentlicher Grund für die Entfremdung gilt der tragische Tod ihres gemeinsamen Sohnes. Im Alter von fünf Jahren setzt Franz Xaver Hierl den Jungen im Hof der Brauerei auf ein Bräuross – trotz der Warnungen seiner Frau. Das Pferd geht durch; das Kind verunglückt dabei tödlich. Der Verlust des Sohnes überschattet die Ehe nachhaltig. Walburga Hierl kann ihrem Mann offenbar nicht verzeihen, dass er das Kind trotz ihrer Warnungen auf das Pferd gesetzt hat. Der Tod des Jungen und die damit verbundenen Schuldzuweisungen tragen schließlich wesentlich zum Zerwürfnis des Ehepaars



bei.

18. März 1871 – In Paris kommt es zum Kommune-Aufstand

Paris * In der französischen Hauptstadt kommt es zum Kommune-Aufstand, in deren Verlauf Paris den Versuch macht, eine demokratische und soziale Republik zu gründen. Die Pariser Commune will die Auflösung Frankreichs in eine Föderation von autonomen kleinen Gemeindeverwaltungen mit eigener Rechtsprechung, eigenem Militär und eigenem Unterrichtswesen, der Verstaatlichung der Produktion und so fort. Die rote Fahne und der Revolutionskalender werden eingeführt, ein Wohlfahrtsausschuss und ein Revolutionstribunal eingesetzt, Geiseln ausgehoben sowie Kirchen und Klöster geschlossen.

Doch Paris bleibt alleine, nachdem sich die Gemeinderäte der großen Provinzstädte versagen. Alleine muss Paris nun den Kampf gegen die konservative Republik ausfechten, die ihren Sitz nach Versailles verlegt hat. Dort befindet sich auch das deutsche Hauptquartier. Die Auseinandersetzungen finden unter den Augen der deutschen Militärs statt. Den Petroleumbrennern der Communards fallen zahlreiche öffentliche Gebäude zum Opfer, darunter die Tuilerien; über siebzig bürgerliche Geiseln werden erschossen, darunter der Erzbischof von Paris.

1. August 1871 – Franz Xaver Hierl verlässt auch die Burgstraße

München-Gruggenau * Franz Xaver Hierl, der Zengerbräu, zieht nun auch aus der Wohnung im Anwesen Burgstraße 16 aus. Damit vollzieht sich die bereits Ende 1870 erkennbare räumliche Trennung von seiner Ehefrau Walburga Hierl weiter.

1872 – Walburga Hierl erwirbt das Anwesen Burgstraße 16

München-Gruggenau * Bei einer Versteigerung erwirbt Walburga Hierl das Anwesen Burgstraße 16 und wird damit Eigentümerin des ehemaligen Zengerbräu-Anwesens.

1873 – Walburga Hierl erwirbt die Brauerei in Eichenried

Eichenried * Walburga Hierl vom Zengerbräu erwirbt die örtliche Brauerei in Eichenried und erweitert damit ihren Besitz um einen weiteren Brauereibetrieb.



8. August 1874 – Karl Valentins Geburtshaus wird um drei Fensterachsen erweitert

München-Au * Unter der Bauherrschaft des bürgerlichen Tapezierermeisters Karl Falk wird von den Maurermeistern Muckenthaler & Sepp an das vier Fensterachsen umfassende Wohnhaus in der Entenbachstraße 63 ein Neubau mit drei Fensterachsen angefügt. In diesem Teil der heutigen Zeppelinstraße 41 befindet sich der Geburtsort von Karl Valentin.

1876 – Walburga Hierl verkauft das Anwesen Burgstraße 16

München-Graggenau * Walburga Hierl verkauft das Anwesen Burgstraße 16. Als Käufer kommen vermutlich die Kaufleute Emil Wilhelm oder Adolph Brougier infrage, die im benachbarten Anwesen Burgstraße 17 die Firma Franz Kathreiner's Nachfolger betreiben. Durch den Erwerb des Nachbaranwesens können sie ihre Geschäftsräume erweitern.

25. August 1876 – Die Wittelsbacherbrücke wird der Öffentlichkeit übergeben

München-Ludwigsvorstadt - München-Au * Am 31. Geburtstag König Ludwigs II. wird die Wittelsbacherbrücke der Öffentlichkeit übergeben. Die eiserne Brücke stammt von der Münchner Tochtergesellschaft der Cramer-Klett'schen Eisenwerke Nürnberg, der Süddeutschen Brückenbaugesellschaft. Einen besonderen Aufwand betreibt man mit den zwei Brückenportalen, die reich ausgestattet waren. Den bisherigen Holzsteg reißt man kurz vor Fertigstellung der Brücke ab. Zweifellos ist eine leistungsfähige Brücke für Untergiesing überlebensnotwendig, da hier bisher nur sehr wenig funktioniert hat: kein Bahnhof, kein Schlachthof, dafür aber der städtebaulich stark behindernde Bahndamm. Eine Brücke ist Untergiesings letzte Chance, denn nur durch sie ist mit einer großflächigen Ansiedlung von Industriebetrieben und Unternehmen zu rechnen, nur durch sie entstehen neue Impulse für die Entwicklung des Stadtviertels, nur durch den neuen Isarübergang kann der Wohlstand der Bewohner gefördert werden und nur durch ihn kann bei der Vorstadt-Bevölkerung „Bildung und bürgerlicher Freisinn“ zunehmen.

1878 – Jeder Vortrag in einem „Tingeltangel“ muss polizeilich genehmigt werden

Berlin * In einer Reichspolizeiverordnung wird festgelegt, dass jeder Vortrag in einem „Tingeltangel“ polizeilich genehmigt werden muss, dass diese Genehmigung nur für ein bestimmtes Lokal gilt und dass die Erlaubnis zudem zurückgezogen werden kann. Außerdem



wird die Aufführung von Dramen, Lustspielen, Possen, Opern, Operetten, Sing- und Liederspielen, Tänzen und Balletts als unzulässig erklärt. Nur Gesangs- und Deklamationsstücke mit einer Besetzung von höchstens zwei Personen sind erlaubt. Die vortragenden Personen dürfen aber nur in bürgerlicher Kleidung (Gesellschaftsanzug) auf der Bühne erscheinen. Alle Vorträge im Kostüm sind verboten. Als Ausnahme wird der Auftritt im „wirklichen Nationalkostüm“ (Tracht) genehmigt. Auch Kulissen, Vorhänge und jede Art von Requisiten werden von der Bühne verbannt. Außerdem durften die vorgetragenen Gesangs- und Deklamationsstücke in Inhalt und Vortragsweise nicht gegen die Religion, die Sittlichkeit, die staatlichen Einrichtungen, den öffentlichen Anstand und die öffentliche Ordnung verstoßen. Die Vorträge dürfen frühestens um 18 Uhr beginnen und müssen spätestens um 23 Uhr beendet sein.

1880 – Aus dem Zengerbräu wird die Aktienbrauerei Bürgerliches Bräuhaus

München-Haidhausen * Der Zengerbräu wird in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und gleichzeitig in Aktienbrauerei Bürgerliches Bräuhaus München umbenannt.

1880 – Josefine Hierl heiratet den Bauunternehmer Jakob Heilmann

München * Josefine Hierl, Tochter aus der Zengerbräu-Familie, heiratet den Bauunternehmer Jakob Heilmann. Die Verbindung mit der vermögenden Brauerfamilie Hierl stärkt Heilmanns wirtschaftliche Grundlage und schafft günstige Voraussetzungen für die Verwirklichung seiner ambitionierten Projekte im Hochbau und in der Stadtentwicklung. Jakob Heilmann entwickelt sich in den folgenden Jahrzehnten zu einem der bedeutenden Münchner Bauunternehmer und prägt mit seinen Projekten die bauliche Entwicklung der wachsenden Stadt entscheidend mit.

27. Oktober 1880 – Aus Zengerbräu wird Bürgerliches Bräuhaus

München-Haidhausen * Der Zengerbräu wird in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Der ursprünglich vorgesehene Name „Erste Münchner Aktienbrauerei“ steht jedoch nicht mehr zur Verfügung, da Löwenbräu bereits seit 1872 als Aktiengesellschaft besteht. Das Unternehmen firmiert deshalb fortan als „Aktienbrauerei Bürgerliches Bräuhaus München“.



Mai 1881 – Das Bürgerliche Brauhaus wächst rasant

München-Haidhausen * Die Bürgerliche Brauhaus AG erlebt bereits in ihrem ersten Geschäftsjahr einen bemerkenswerten Aufschwung. Die vorhandenen Kapazitäten reichen schon bald nicht mehr aus, sodass das Gärhaus und die Lagerkeller erweitert werden müssen. Im Braujahr 1880/81 erreicht die Brauerei einen Bierausstoß von rund 28.000 Hektolitern. In den folgenden Jahrzehnten setzt sich das starke Wachstum fort: Bis 1905 steigt die jährliche Produktion auf rund 230.000 Hektoliter – mehr als das Achtfache der ursprünglichen Menge. Damit entwickelt sich das aus dem Zengerbräu hervorgegangene Bürgerliche Brauhaus innerhalb weniger Jahrzehnte zu einer bedeutenden Münchner Großbrauerei.

1883 – Das Fahrrad ist ein Luxusartikel

München * Das Fahrrad ist ein Luxusartikel. Es kostet um die fünfhundert Mark. Das „Rad fahren“ ist ein Modesport und ein Privileg wohlhabender bürgerlicher Kreise, „die darin ein Mittel sahen, sich gegen die 'niederen Schichten' des Volkes abzusetzen“. Durch steigende Produktionszahlen und Rationalisierung in der Herstellungstechnik sinken die Preise und das Fahrrad wurde zum Gebrauchsgegenstand. Obwohl „die Arbeiterschaft im Allgemeinen (...) eine ausgesprochene Abneigung diesem neuen Verkehrsmittel gegenüber an den Tag legte - sie betrachtete das Radfahren als einen Sport für Bourgeoisjünglinge“ - wird das Fahrrad für sie nun zum Gebrauchsgegenstand, mit dem sie den täglichen Arbeitsweg wesentlich schneller bewältigen können.

12. Januar 1883 – Tod von Franz Xaver Hierl

München * Der Zengerbräu Franz Xaver Hierl stirbt im Alter von 53 Jahren. Mit seinem Tod endet seine Ära als Inhaber des traditionsreichen Münchner Brauereibetriebs.

28. Oktober 1884 – Über das Kolonialfieber die Reichstagswahlen beeinflussen

Berlin * Reichskanzler Otto von Bismarck ändert seine Einstellung gegenüber der Kolonialpolitik in Hinblick auf die Reichstagswahlen aus innenpolitischen Gründen. Über das Kolonialfieber will Bismarck die am 28. Oktober angesetzten Reichstagswahlen zugunsten der regierungsfreundlichen Parteien zu beeinflussen, da die bürgerliche Linke und die Sozialdemokratie offen zu ihrer Kolonialgegnerschaft steht. Und tatsächlich verliert das



linksliberale Lager, bestehend aus der Deutschen Fortschrittspartei, der Liberalen Vereinigung, der Deutschen Freisinnigen Partei und der Deutschen Volkspartei 41 Sitze im Reichstag und fällt von 115 auf 74 Mandate zurück. Unabhängig davon können die Sozialdemokraten - trotz der Behinderungen durch das Sozialistengesetz - ihre Mandate von 12 auf 24 verdoppeln.

1887 – Kommentierte Berichte der Fabrikinspektoren

München * Dr. Bruno Schoenlank, Vordenker in der SPD, kommentiert die Berichte der Fabrikinspektoren in seinem Buch „Zur Lage der arbeitenden Klasse in Bayern“, das während der Zeit der Sozialistengesetze verboten ist, wie folgt: „[...] Das harte Werk, der lange Arbeitstag, der in den oberbayerischen Ziegeleien, diesen Musteranstalten rücksichtslosester Ausbeutung der Arbeitskraft herrscht, ist vom Fabrikinspektor oft genug denunziert worden. Aber was nützt es? Die Herren Ziegeleibrenner lassen sich, um den einheimischen Arbeitern die Lebenshaltung noch tiefer als sie bereits steht, herabzudrücken, beständig neue Waggonladungen italienischer Kulis von ihren Lieferanten aus dem Lande kommen, wo die Citronen und die Schmutzkonkurrenz blüh'n. So nimmt es Keinen, der die Verhältnisse selbst zu beobachten Gelegenheit gehabt, Wunder, wenn es über die Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen betreffs der Kinderarbeit von den Ziegeleien heißt: ‚In einer namhaften Zahl derartiger Anlagen, die ich im Berichtsjahr theils zum erstenmale, theils nach mehrjähriger Zwischenpause besucht habe, fanden sich nicht einmal die Arbeitsbücher und man war anscheinend entweder noch in völliger Unkenntniß der die jugendlichen Arbeiter betreffenden Vorschriften, oder man hat sie mangels genügender Controle einfach außer Acht gelassen. Das behufs dieser Mißstände weiter Erforderliche ist eingeleitet‘. Mangel an Controle, weil Mangel an Aufsichtspersonal, und darum eine Gesetzesverletzung nach der anderen, begangen durch die sittenstrengen Stützen der bürgerlichen Gesellschaft, die Moral, Ehrbarkeit, Gesetzlichkeit und Schutz nationaler Arbeit in Erbpacht haben, ferner Unkenntnis der Gesetze, d.h. derjenigen, die den Profit der Kapitalisten ein wenig zu beschneiden bestimmt sind. O diese unschuldvollen, ahnungslosen Engel von Kapitalisten!“

15. September 1899 – Das erste Demonstrations-Fußballspiel auf Münchner Boden

München * Im Rahmen der Allgemeinen Deutschen Sportausstellung findet ein Demonstrations-Spiel statt. In diesem ersten offiziellen Fußballspiel auf Münchner Boden spielt eine Mannschaft aus der damals führenden süddeutschen Fußballstadt Karlsruhe gegen die noch junge Mannschaft des Männerturnvereins von 1879 - MTV, um beim Münchner Publikum Begeisterung für die Sportart des Association Football zu erzeugen. Das Spiel wird für die



Münchner zum Desaster, denn die Karlsruher gewinnen mit 10:0 Toren. Am Anfang distanzieren sich noch viele bürgerliche und Arbeiter-Turnvereine von dieser Form des Wettkampfsports. Verhindern können sie diese Sportart auf Dauer natürlich nicht, da sie sonst zu viele fußballbegeisterte Sportler an andere Vereine verloren hätten.

1900 – Josef „Beppo“ Benz „erheiratet“ das Haus an der Leopoldstraße 50

München-Schwabing * Josef „Beppo“ Benz „erheiratet“ das Haus an der Leopoldstraße 50, in dem sich eine gutbürgerliche Gaststätte befindet. Die Benz-Kleinkunstbühne wird bald zum Stammlokal von Ludwig Thoma, Ignatius Taschner, Albert Langen, Ferdinand von Reznicek, Rudolf Wilke und Dr. Georg Hirth.

1. Januar 1900 – Eine Neubegründung von Herbergen ist künftig ausgeschlossen

Berlin - München * Das Bürgerliche Gesetzbuch - BGB tritt inkraft und schließt eine Neubegründung von Herbergen künftig aus.

1. November 1900 – Der Ostfriedhof wird eingeweiht

München-Obergiesing * Der Ostfriedhof wird eingeweiht. Die Baukosten betragen 1.052.510 Mark und sind für damalige Verhältnisse sehr hoch. Die Gräberanlagen werden nach Bedarf angelegt und deren Ausführung erst im Jahr 1912 abgeschlossen. Der 28,43 Hektar große Friedhof wird dann Platz für 34.300 Gräber bieten. Zum ersten Mal in Deutschland werden die Grabdenkmäler und die Grabbepflanzung einem strengen Reglement unterworfen, das gleichzeitig mit der Eröffnung des Friedhofs in Kraft tritt. Der Architekt will dadurch die Gräber einer Sektion in einem Typus halten und die Gleichheit der Menschen vor dem Tod auf dem Friedhof nicht durch prunkvollen und teuren Grabschmuck durchbrechen. Seine Vorbilder sind die Friedhöfe von Glaubensgemeinschaften älterer Zeit und noch intakte Dorffriedhöfe in Oberbayern und Tirol. Ein Zugeständnis an die bürgerliche Oberschicht Münchens schafft der Architekt Hans Grässel allerdings mit den Gruftarkaden in den Umfassungsmauern als traditionelle Grabplätze für das reiche Bürgertum. Interessenten wird allerdings zur Verpflichtung gemacht, „den Grabplatz, sei es durch Aufführung einer Kapelle, sei es durch eine sonstige offene, den ästhetischen Anforderungen entsprechende Überdachung, abzudecken“, um eine einheitliche architektonische Wirkung zu erzielen. Die Pläne mussten zur Baugenehmigung vorgelegt werden.



3. Juli 1903 – Walburga Hierl stirbt

München * Walburga Hierl stirbt im Alter von 73 Jahren. Ihre letzte Ruhestätte befindet sich im Familiengrab der Hierls auf dem Alten Südfriedhof in München. Auf dem Grabmal ist sie als „Wally Hierl, Privatiers“ verzeichnet. Mit ihrem Tod endet das Leben einer Frau, deren Bedeutung für die Geschichte des Zengerbräu weit über ihre Rolle als Ehefrau eines Brauers hinausgeht. Sie ist eine zentrale Unternehmerpersönlichkeit in der Übergangsphase vom alten Zengerbräu zum Bürgerlichen Brauhaus München.

1905 – Aufstieg zu einer der größten Münchner Aktienbrauereien

München-Haidhausen * Die Bürgerbräu AG steigert ihren jährlichen Bierausstoß auf rund 230.000 Hektoliter und entwickelt sich zu einer der größten Münchner Aktienbrauereien. Bald nimmt sie unter den Aktienbrauereien der Stadt den zweiten Rang ein. Einen wesentlichen Anteil am Erfolg hat das Exportgeschäft. Rund die Hälfte der Bierproduktion geht ins Ausland. Damit verfolgt die Bürgerbräu AG ähnlich wie die Löwenbräu AG eine ausgeprägt internationale Absatzstrategie. Um ihre wachsenden Absatzmärkte zu bedienen, unterhält die Brauerei um die Jahrhundertwende neben München bereits Flaschenabfüllstationen in Verona, Frankfurt am Main und Hamburg. Der ehemalige Zengerbräu hat sich damit innerhalb weniger Jahrzehnte von einer traditionellen Münchner Brauerei zu einem überregional und international tätigen Großunternehmen entwickelt.

1912 – Der Arbeiter-Turn-Verein München-Ost nennt sich um

München-Au * Die Zahl der Mitglieder des Arbeiter-Turn-Vereins München-Ost wächst auf über achthundert an. Um dem Verein ein progressiveres Aussehen zu geben und ihn gleichzeitig für bürgerliche Sportinteressenten lukrativ zu machen, nennt sich der Arbeiter-Sportverein in Turn- und Sportverein München-Ost um. Der Arbeiter muss zwar den Vereinsnamen verlassen, dennoch zeigt die neue Vereinsfahne noch immer die aufgehende Sonne des Sozialismus.

21. Mai 1913 – Der Komponist Richard Wagner erhält ein Denkmal

München-Bogenhausen - München-Haidhausen * Einen Tag vor dem 100. Geburtstag Richard Wagners wird ihm zu Ehren eine Statue neben dem Prinzregententheater enthüllt. Heinrich Waderé hat das Monument gestaltet. Aus mehreren zur Verfügung stehenden Entwürfen



wählt man denjenigen aus, der den Komponisten in ähnlicher Pose zeigt, wie das berühmte Porträt von Johann Wolfgang von Goethe in der Campagne. Da die ruhende Darstellung des Künstlers extrem stark im Gegensatz zu dem unsteten Leben des Musikers steht, kommt bald Kritik hoch, in die sogar das städtische Kollegium der Gemeindebevollmächtigten einstimmt. Letztlich beruhigt aber ein einziges Argument alle Kritikerstimmen: Da Richard Wagner von Natur aus nur mit einer geringen Körpergröße ausgestattet war, hätte ein stehendes Denkmal die Öffentlichkeit nur wenig beeindruckt. Der Marmor für die Figur stammt vom Untersberg. Er umfasst als Rohblock 14 Kubikmeter Inhalt und wiegt 600 Zentner. Über dreißig Pferde sind notwendig, um diese gewaltige Last vom Untersberger Steinbruch zur nächsten Eisenbahn zu schaffen, mit der er ab Berchtesgaden nach München gebracht wird. Bildhauer Heinrich Waderé hat sich am Ostbahnhof ein provisorisches Atelier eingerichtet. Da die fertige Marmorfigur noch immer 450 Zentner wiegt gestaltet sich der Transport vom Atelier zum Aufstellungsort als besonders schwierig. Er nimmt mehr als zwei Tage in Anspruch. Die Statue muss mit einer Straßenlokomotive der Firma Maffei zum Ort seiner Aufstellung gebracht werden. Dort behindert vor allem der weiche Boden die Arbeiten, da sich die Räder des Transportwagens immer wieder eingraben. Cosima und Siegfried Wagner lehnen ihre Teilnahme an der Denkmalenthüllung ab. Bei Cosima sind es gesundheitliche, bei Siegfried grundsätzliche Gründe. Die Konkurrenz der Münchner Festspiele für Bayreuth sind aber die wahren Beweggründe. Das gesellschaftliche Ereignis an der Prinzregentenstraße wird durch Richard Wagners „Huldigungsmarsch“ eröffnet. Münchens erster Bürgermeister, Wilhelm von Borscht, hält eine Ansprache und Ernst von Possart, der Initiator des Denkmals, sagt in seiner Rede: „So grüßen wir Dich, Unsterblicher! Möge Dein Antlitz uns leuchten“. Prinzregent Ludwig III. enthüllt schließlich das Wagner-Denkmal. Die sozialdemokratische Tageszeitung Münchener Post kommentiert das Ereignis mit den Worten: „Das Streben Münchens, die seiner Zeit an Bayreuth abgegebene Hegemonie im Reiche von Wagners Kunst an sich zu bringen - das heimliche Agens [die treibende Kraft] unserer Festspiele - hat uns nun endlich ein würdiges Denkmal des Meisters beschert.“ Gleichzeitig kritisiert das Blatt, dass der Eröffnungsakt nicht dem Festwiesensbild der Wagner'schen Meistersinger entsprach und auf den „Wach-auf-Chor“ kein spontaner Jubel des Volkes, sondern ein „hochoffiziell-eisernes Schweigen“ der „aristokratisch-bürgerlichen Festversammlung“ folgt. Den Abschluss der Einweihungsfeierlichkeiten für das Musiker-Standbild bildet der „Tannhäusermarsch“.

21. August 1914 – Paul von Hindenburg wird Oberbefehlshaber der 8. Armee

Konstanz * Der 65-jährige Freiherr von Prittwitz wird durch den 66-jährigen und seit 1911



pensionierten Paul von Beneckendorff und Hindenburg ersetzt. Dabei geht es der Obersten Heeresleitung - OHL gar nicht um den kampferprobten Hindenburg, der bereits 1866 vor Königgrätz kämpfte und 1870/71 am Deutsch-Französischen Krieg teilgenommen hat. Generalstabs-Chef Moltke bezweifelt sogar, dass Paul von Hindenburg über die erforderliche Tatkraft und Energie verfügen würde. Für Hindenburg spricht eigentlich nur, „dass man von seinem Phlegma absolute Untätigkeit erwartete, um Ludendorff freie Hand zu lassen“. Man will eigentlich Erich Ludendorff zum Befehlshaber in Ostpreußen machen. Doch ein Generalmajor bürgerlicher Abstammung konnte unmöglich zum Oberbefehlshaber der 8. Armee aufsteigen, wo doch die anderen Armeekommandos in den Händen von Adeligen, häufig sogar Herzögen und Kronprinzen lagen. Dennoch sollte der Bürgerliche hinter einem wenig antriebsvollen und alten Vorgesetzten die aktive Rolle des Armeekommandierenden übernehmen.

23. August 1914 – Generalmajor Erich Ludendorff trifft die Entscheidungen

Ostfront * Vor Ort erkennen die hohen Militärs die Problematik der Kriegssituation und entwickeln eine neue Strategie, die allerdings auch mit einem Risiko behaftet ist. Und tatsächlich erweist sich Erich Ludendorff [„Ohne Opfer kein Sieg! Ohne Sieg kein Friede!“] vor und während der Schlacht um Tannenberg als das treibende Element, während der eigentliche Oberbefehlshaber der 8. Armee, Paul von Hindenburg, „mit großer Ruhe und noch größerem Schlafbedürfnis“ die Entscheidungen des Generalstabs-Chefs Erich Ludendorffs absegnet. Der bürgerliche Generalmajor Ludendorff trifft die Entscheidungen, Hindenburg repräsentiert nach Außen hin.

13. Dezember 1914 – Neuwahl des Münchner Magistrats

München * Der Münchner Magistrat wird gewählt. Die 20 bürgerlichen Magistratsräte gehören folgenden Parteien an: Liberale Partei 8, Sozialdemokratische Partei 7, Zentrum 5. Die 60 Gemeindebevollmächtigten setzen sich zusammen aus: Sozialdemokratische Partei 22, Liberale Partei 18, Zentrum 17, Haus- und Grundbesitzer 3. Oberbürgermeister bleibt Dr. Wilhelm von Borscht. II. rechtskundiger Bürgermeister wird Dr. Otto Merkt. Die Wahlperiode dauert drei Jahre.

18. Juni 1916 – Mit Militär verstärkte Schutzmannschaft räumt den Marienplatz

München-Graggenau * Die mit Militär verstärkte Schutzmannschaft räumt den Marienplatz von



den an den Hunger-Demonstrationen beteiligten Münchnern. Stadtschulrat Dr. Georg Kerschensteiner muss sich später für die „mangelnde staatsbürgerliche Erziehung der gerade entlassenen Schuljugend“ rechtfertigen.

23. August 1916 – Karl Liebkecht zu über vier Jahren Zuchthaus verurteilt

Berlin * Das Urteil gegen Karl Liebkecht lautet in der zweiten Instanz: „Der Angeklagte wird wegen versuchten Kriegsverrat in Tateinheit mit erschwerem Ungehorsam im Felde sowie wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt mit vier Jahren und einem Monat Zuchthaus bestraft. Zugleich wird auf Entfernung aus dem Heere, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von sechs Jahren [...] erkannt.“ Hugo Haase, der bis März 1916 immerhin SPD-Vorsitzender ist, setzt sich vergeblich für Liebkechts Freilassung ein.

15. März 1917 – Russlands Zar Nikolaus II. muss abdanken

Petersburg * Zar Nikolaus II. muss als Folge der Februarrevolution abdanken. Er tut dies zugunsten seines jüngeren Bruders Großfürst Michail Alexandrowitsch Romanow. Da Nikolaus II. vergisst, seinem Bruder die formelle Thronfolge in einem Telegramm mitzuteilen, ist Michail einer Letzten, der davon erfährt. Die russische Duma proklamiert die Bildung einer bürgerlichen Regierung unter Georgi J. Fürst Lwow. Diese beschließt, dass der Großfürst zum Thronverzicht überredet werden soll. Sollte er sich weigern, will die provisorische Regierung ihren Rücktritt erklären.

16. März 1917 – Die Machtbefugnisse gehen an die provisorische Regierung über

Petersburg * Zar Michail II. erklärt in einem Schreiben an das russische Volk, dass die Machtbefugnisse zunächst an die provisorische Regierung übergehen. Er selbst erklärt sich bereit, die Thronfolge dann anzutreten, wenn ihn das Volk zu einem späteren Zeitpunkt in geheimen Wahlen wählen würde. Michail hofft mit diesem Schritt die Monarchie in Russland erhalten zu können. Mit dem Thronverzicht Michails endet die über 300-jährige Herrschaft der Romanow-Dynastie. Georgij Jewgenjewitsch Fürst Lwow übernimmt nach der Februarrevolution in der bürgerlichen provisorischen Regierung, in der Zeit vom 16. März bis 21. Juli 1917, das Amt des russischen Ministerpräsidenten und Innenministers.



17. April 1917 – Lenin fordert eine sozialistische Revolution

Petersburg * In seinen „Aprilthesen“ fordert Wladimir I. Lenin in Petrograd eine sozialistische Revolution zur Ablösung der bürgerlichen Regierung.

2. September 1917 – Die Deutsche Vaterlandspartei - DVLP wird gegründet

Königsberg * Am Tag des Friedens bei Sedan wird die erzkonservative, nationalistische, völkische und antisemitische Deutsche Vaterlandspartei - DVLP von ultrarechten Kräften, darunter Großadmiral Alfred von Tirpitz und dem ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, gegründet. Innenpolitisch kündigt die Vaterlandspartei den Burgfrieden von rechts auf. Sie plädiert für einen unterdrückenden und autoritären Kurs gegenüber der Arbeiterbewegung und greift auch bürgerliche Politiker heftig an, die sich – wie beispielsweise der Zentrums Politiker Matthias Erzberger - für eine Reform des politischen Systems unter Einbeziehung der SPD aussprechen. Die Parteiführung verfolgt den Plan, mit Hilfe eines „starken Mannes“ einen autoritären Staatsumbau einzuleiten und dabei den Reichstag und die Linksparteien auszuschalten. Im äußersten Fall sollte auch der „zu weiche Kaiser“ Wilhelm II. bei einer sich bietenden Gelegenheit für „regierungsunfähig“ erklärt und der weit rechts stehende Kronprinz von Preußen zum Regenten ernannt werden. Außenpolitisch tritt die Vaterlandspartei für einen deutschen Siegfrieden und ein umfassendes Programm direkter und indirekter Expansion ein. Mit ihren Kampagnen gegen einen Verzichtfrieden - oder Judenfrieden genannten Verständigungsfrieden - und gegen Schlappeheit und Verrat an der Heimatfront legt die Deutsche Vaterlandspartei - DVLP den Grundstein für den Nachkriegsdiskurs über die Novemberverbrecher und die Dolchstoß-Legende.

2. Oktober 1917 – Die Deutsche Vaterlandspartei formiert sich in München

München * Als Ableger der am 2. September in Königsberg gegründeten Deutschen Vaterlandspartei - DVLP formiert sich in München der Landesverein Bayern. Prominenteste Fürsprecher des Landesvereins sind Cosima Wagner und Ludwig Thoma. Die bürgerliche Sammelbewegung tritt mit dem Ziel einer Stärkung des Durchhaltewillens bis zum Siegfrieden an.

7. März 1918 – Freier Arbeiterausschuss für einen guten Frieden

München * Der in der Reichsbahnhauptwerkstätte München als Werkzeugschlosser beschäftigte



Anton Drexler ruft den Freien Arbeiterausschuss für einen guten Frieden ins Leben. Die Gründung erfolgte in Anlehnung an eine fast gleichnamige und gleiche Ziele verfolgende Organisation in Bremen. Aus dem Freien Arbeiterausschuss für einen guten Frieden wird später die Deutsche Arbeiterpartei - DAP hervorgehen. Es ist eine antisemitische und antimarxistische Gruppierung, die nie mehr als vierzig Mitglieder zählt und der es um eine Versöhnung der Arbeiterschaft mit der nationalen Rechten geht. Die bürgerlichen Parteien haben in ihren Augen versagt und der Marxismus erscheint ihnen für ihre nationalistischen Ziele ungeeignet.

7. März 1918 – Freundschaftsvertrag Deutschland - Finnland

Berlin - Helsinki * Zwischen dem Deutschen Reich und der bürgerlichen Regierung Finnlands wird ein Friedens- und Freundschaftsvertrag geschlossen.

23. September 1918 – MSPD für eine Koalitionsregierung mit den Bürgerlichen

Berlin • Die MSPD-Reichstagsfraktion und der Parteiausschuss der MSPD beschließen in einer gemeinsamen Sitzung mit einer deutlichen Mehrheit von 80 : 21 Stimmen, sich an einer Koalitionsregierung mit den bürgerlichen Parteien zu beteiligen, falls sich die Möglichkeit dazu bietet. Die Bedenkenträger bleiben in der Minderheit. Dies auch deshalb, weil noch immer keine Klarheit über die militärische Lage herrscht. Der Regierungseintritt wird an die Erfüllung eines Forderungskatalogs geknüpft, der die Parlamentarisierung verlangt und auf die Friedensresolution vom 19. Juli 1917 Bezug nimmt, in der sie für „einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker“ eintritt. Die Partei entsendet Philipp Scheidemann als Staatssekretär ohne Portefeuille, Gustav Bauer soll das Reichsarbeitsamt übernehmen. Otto Wels warnt Friedrich Ebert: „Bist du von Gott verlassen, lass doch zum Teufel den Frieden diejenigen schließen, die den Krieg geführt und Verantwortung getragen und den Waffenstillstand gefordert haben“. Im MSPD-Parteiausschuss gibt Erhard Auer zu bedenken: „Mit dem Eintritt in die Regierung werden wir gewissermaßen eine Mittelpartei, und die Unabhängigen, die heute nichts sind, werden dann scheinbar die einzige Oppositionspartei sein.“

24. September 1918 – Das Minimalprogramm der MSPD für eine Regierungsbeteiligung

Berlin * Im Vorwärts wird das Minimalprogramm der MSPD für eine Regierungsbeteiligung veröffentlicht. Die Mehrheitssozialdemokraten verlangen: Den Beitritt Deutschlands zu einem



Völkerbund, der Streitfälle friedlich regelt. Ein klares Eingehen auf das 14-Punkte-Programm des US-Präsidenten. Die Aufhebung der Diktatfrieden mit Rumänien und Russland und den Abzug der dort eingesetzten deutschen Besatzungstruppen. Belgien, Montenegro und Serbien sollen geräumt werden. Freie, allgemeine und gleiche Wahlen in den Ländern des Deutschen Reichs, was vor allem Preußen mit seinem Dreiklassen-Wahlrecht meint. Keine Nebenregierungen, womit die Oberste Heeresleitung - OHL gemeint ist. Die Berufung der Regierungsmitglieder aus der Reichstagsmehrheit, also MSPD, Linksliberale und Zentrum. Versammlungs- und Pressefreiheit, und damit die Beendigung des Belagerungszustandes. Die Beseitigung aller militärischen Institutionen, die der politischen Beeinflussung dienen. Die bürgerlichen Parteien sind die Bündnispartner der Mehrheitssozialdemokraten, nicht die USPD.

2. Oktober 1918 – Das OHL informiert die Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen

Berlin * Der Emissär der Obersten Heeresleitung - OHL und Abgesandter des Generalquartiermeisters Erich Ludendorffs, Major Erich von dem Bussche-Ippenburg, informiert die Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen, dass „nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr besteht, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen“. „Die Oberste Heeresleitung sieht sich veranlasst, Seiner Majestät vorzuschlagen, zu versuchen, den Kampf abubrechen, die Fortsetzung des Krieges als aussichtslos aufzugeben. Jede vierundzwanzig Stunden können die Lage verschlechtern und den Feind unsere eigentliche Schwäche erkennen zu lassen.“ Bei den bürgerlichen Parteien herrscht ebenso wie bei den Sozialdemokraten blankes Entsetzen und Niedergeschlagenheit. Doch kein Sozialdemokrat, kein Zentrumsmann, kein Liberaler reißt das Angebot des politischen Handelns an sich. Deshalb geht die Kanzlerschaft an einen adeligen, badischen Prinzen.

5. Oktober 1918 – Das vorläufige Mindestprogramm der USPD-Parteiführung

Berlin * Die USPD-Parteiführung hat konkrete Vorstellungen, welche Maßnahmen in der gegebenen, reichlich verfahrenen Lage ergriffen werden sollen. Außenpolitisch fordert sie die Räumung der von deutschen Truppen besetzten Gebiete und die Abänderung der Diktatfriedensschlüsse im Osten. Innenpolitisch will sie die Amnestierung der politischen Gefangenen, Aufhebung des Belagerungszustandes, bürgerliche Freiheitsrechte, Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes, demokratisches Wahlrecht in allen Bundesstaaten und die durchgreifende Parlamentarisierung der Verfassung. Diese Punkte werden dabei als vorläufiges Mindestprogramm verstanden.



9. Oktober 1918 – Eine revolutionäre USPD-Versammlung

München-Isarvorstadt * Die USPD-Mitgliederversammlung wird im Restaurant Müllerbad in der Hans-Sachs-Straße von über 200 Personen besucht. Die Polizei berichtet darüber: „Die Stimmung der Versammlung muss als durchaus revolutionär bezeichnet werden und erinnerte im allgemeinen an die Zeit kurz vor Ausbruch des letzten Massenstreiks.“ Die im Reich inzwischen eingeleitete formale Parlamentarisierung beeindruckt bei den Unabhängigen niemanden mehr. Alfred Gärtner stellte fest: „Unsere ehemaligen Führer Scheidemann und Genossen sind in die bankerotte Firma eingetreten. [...] Es wird eine Zeit kommen, und die ist nicht mehr ferne, wo Männer wie Scheidemann ganz von der Bildfläche verschwinden müssen. Sie werden dann dort Unterschlupf finden, wohin sie gehören, nämlich in der bürgerlichen Partei, der sie die ganze Arbeiterschaft ausgeliefert haben. [...] Aber es wird nicht mehr lange dauern und die Kerker werden sich öffnen und alle unsere lieben Kämpfer werden wir dann in unseren Reihen begrüßen können.“

25. Oktober 1918 – Die bürgerlichen Parteien wollen den SPD-Forderungen nicht nachgeben

München-Kreuzviertel * Die sozialdemokratische Landtagsfraktion nimmt nicht mehr an den Verhandlungen über die Änderungen der Bayerischen Verfassung teil, weil die bürgerlichen Parteien den SPD-Forderungen nicht nachgeben wollen.

8. November 1918 – Das Kabinett des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin entlassen

Schwerin * Großherzog Friedrich Franz IV. von Mecklenburg-Schwerin entlässt auf Druck der Arbeiter- und Soldatenräte das Staatsministerium. Eine Regierung aus zwei Schweriner Ratsvertretern und zwei bürgerlichen Reichstagsabgeordneten wird gebildet.

7. Dezember 1918 – Der Blutige Freitag im Spannungsfeld der Propagandisten

Berlin * Für die bürgerlichen Parteien sind die Schuldigen an den Vorgängen vom Vortag schnell gefunden: „Die blutigen Krawalle sind anscheinend durch Pläne und Unternehmungen der Spartacus-Leute und der mit ihnen verbündeten Elemente verursacht worden, deren Ziel der Sturz der Regierung Ebert-Haase war.“ Für die Linken erklärt Karl Liebknecht: „Es ist gar nicht mehr zu leugnen, dass der Putsch des gestrigen Tages von der Regierung inszeniert worden ist, denn es muss doch dem Harmlosesten auffallen, dass die Ereignisse des blutigen Freitags alle



miteinander in Zusammenhang stehen.“ Es lässt sich weder ein Spartakusputsch noch eine Beteiligung oder Mitwisserschaft der MSPD-Spitze an einem Putschversuch nachweisen. Doch die Faktenlage stört in dieser aufgeheizten Stimmung die Propagandisten weder von Rechts noch von Links.

27. Dezember 1918 – Erhard Auer und Johannes Timm wollen eine Bürgerwehr gründen

München * In einem Aufruf fordern Innenminister Erhard Auer [MSPD] und Justizminister Johannes Timm [MSPD] zusammen mit dem Landtags-Bibliothekar Rudolf Buttmann und dem Verleger Julius Lehmann sowie weiteren 21 namhaften, rechtsstehenden Bürgerlichen die Schaffung einer „freiwilligen Bürgerwehr“ als Organ der „ordnungsliebenden Kreise“.

30. Dezember 1918 – Die Bedeutung des Wahlrechts für die Frauen in freien Berufen

München * In der gut besuchten Versammlung der Frauengruppe der Deutschen Volkspartei (Deutsche Demokratische Partei) sprechen die Referentinnen über die Bedeutung des Wahlrechts für die Frauen in freien Berufen und die Aufgabe der nun zur politischen Reife gelangten Lehrerin, die die „Jugend im staatsbürgerlichen Unterricht auf die Wichtigkeit des Wahlrechts vorbereiten soll“.

12. Januar 1919 – Landtagswahl in Württemberg

Württemberg * Auch bei den Landtagswahlen in Württemberg können Frauen erstmals ihr demokratisches Wahlrecht ausüben. Die Sitzverteilung für den württembergischen Landtag setzt sich wie folgt zusammen: die Sozialdemokratische Partei - SPD erhält 52 Sitze, die Deutsche Demokratische Partei - DDP bekommt 38 Abgeordnete, das katholische Zentrum kommt auf 31 Mandate, andere bürgerliche Parteien erringen insgesamt 25 Abgeordnetenplätze. Die USPD kann lediglich 4 Plätze für sich verzeichnen.

20. Februar 1919 – Kurt Eisners Vorstellungen für eine künftige Regierung

München-Kreuzviertel * Das Kabinett-Eisner beschließt, dass die Regierung ihre Ämter zur Verfügung stellt, sich aber bereit erklärt, die Geschäfte fortzuführen bis zur Wahl einer neuen Regierung. Für Kurt Eisner gibt es nur zwei Optionen: Eine sozialistische Regierung unter



Zuziehung des Bauernbundes, die auf eine starke Minderheit gestützt ist, oder die gemeinsame Opposition der beiden sozialistischen Parteien gegen ein rein bürgerliches Kabinett. Er ist schon deshalb gegen eine Koalition mit der klerikalen Bayerischen Volkspartei - BVP, weil sozialistische Kulturpolitik nur gegen diese Partei zu machen sei. Den gleichen Standpunkt vertritt er in Bezug auf die Regierungsbildung in der Nationalversammlung des Reiches. Er findet für seine politische Auffassung aber nur wenig Zustimmung. In Bayern will er seine Opposition auf die kraftvolle Mitarbeit der Arbeiterräte stützen, deren weitere Wirksamkeit durch die Verfassung gesichert werden soll.

20. Februar 1919 – Die Räte als Träger einer Zweiten Revolution

München * Kurt Eisner spricht in seiner Schlussansprache des Rätekongresses hoffnungsvoll von den Räten als Träger einer Zweiten Revolution: „Sie wird kein Plündern, kein Straßenkampf sein, sie ist die Sammlung der Massen in Stadt und Land, die ausführt, was die erste Revolution begonnen hat. [...] Das bayerische Volk hat sich den Landtag zusammengewählt, wie er nun einmal da ist. Es haben ja auch Kretinenanstalten dazu mitgewirkt! Die Mehrheit, die Bürgerlichen sollen nun bürgerliche Politik treiben. Wir werden sehen, ob sie regierungsfähig sind. Inzwischen sollen die Räte ihr Werk tun, die neue Demokratie aufzubauen.“

21. Februar 1919 – Ein elfköpfiger Aktionsausschuss übernimmt die vollziehende Gewalt

München-Kreuzviertel * Ein elfköpfiger Aktionsausschuss übernimmt als Zentralrat der Bayerischen Republik an Stelle des Kabinetts Eisner die vollziehende Gewalt, ruft einen dreitägigen Generalstreik aus, verhängt den Belagerungszustand über München, besetzt die Zeitungsredaktionen und verfügt eine drei Wochen dauernde Zensur der bürgerlichen Presse.

25. Februar 1919 – Alle bürgerlichen Zeitungen können wieder erscheinen

München * Alle bürgerlichen Zeitungen können wieder erscheinen, allerdings bis zum 15. März unter einer - mäßig strengen - Vorzensur. In den Münchner Neuesten Nachrichten, der Münchener Zeitung und der München-Augsburger Abendzeitung wird an prominenter Stelle ein vom Zentralrat vorformulierter Artikel veröffentlicht, der sich „gegen jede Reichseinmischung in bayerische Verhältnisse“ verwahrt.



4. März 1919 – Angebliche Pöbelhaufen greifen Regierungstruppen an

Berlin * Das Wolff'sche Telegraphenbüro berichtet über einen Pöbelhaufen, der auf dem Alexanderplatz mehrere Regierungssoldaten angreift. Sieben Soldaten sind angeblich spurlos verschwunden. Auch in anderen bürgerlichen Zeitungen mehren sich die Berichte über marodierende Pöbelhaufen, in denen die Gefährlichkeit der Streikenden hervorgehoben werden. Die Zeitungen werden hauptsächlich aus der Propagandazentrale des Kommandos Lützow mit Informationen versorgt. General Walther von Lüttwitz ist Gustav Noskes ranghöchster militärischer Befehlshaber. Er und sein Stab haben bereits Pläne für die militärische Besetzung Berlins ausgearbeitet. Dazu gehört auch die psychologische Kriegsführung und die Propaganda.

9. März 1919 – Ein angeblicher Massenmord der Spartakisten

Berlin * Das Wolff'sche Telegraphenbüro meldet einen „gemeinen Massen- und Meuchelmord“ an sechzig Polizeibeamten und einigen Dutzend Regierungssoldaten, die von Spartakisten „wie Tiere abgeschlachtet“ worden sind. Der Mord an den „wehrlosen Gefangenen“ wird sofort und ungeprüft von den seriösen bürgerlichen Zeitungen übernommen. Der sogenannte „Lichtenberger Gefangenenmord“ ist sofort in aller Munde.

11. März 1919 – Abkehr von bürgerlicher Demokratie und Parlamentarismus

München * Die Münchner USPD beschließt auf ihrer Generalversammlung eine politische Kundgebung. In dieser erklärt sie die Abkehr von der bürgerlichen Demokratie und dem bürgerlichen Parlamentarismus. Sie sieht nur in den „aus der Revolution elementar erwachsenen Räten die Organisationsform, die notwendig ist, die Interessen aller produktiv Schaffenden in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu vertreten und die kapitalistische Ordnung in eine sozialistische umzugestalten“. Erforderlich dazu ist „die Eroberung der politischen Macht durch die Räte“.

15. März 1919 – Die Zensur der bürgerlichen Presse wird aufgehoben

München * Die seit drei Wochen andauernde Zensur der bürgerlichen Presse durch den Zentralrat wird aufgehoben. Bereits seit dem 25. Februar konnten wieder alle bürgerlichen Blätter erscheinen, allerdings bis zum 15. März nur unter einer - mäßig strengen - Vorzensur.



3. April 1919 – Johannes Hoffmann beruft den Landtag für den 8. April ein

München * Am Abend gibt Ministerpräsident Johannes Hoffmann völlig überraschend bekannt, dass der Landtag - entgegen bestehender Absprachen - am kommenden Dienstag, dem 8. April, wieder eine Sitzung abhalten würde. Die angekündigte Einberufung des Parlaments ist eine politische Machtdemonstration Hoffmanns. Anschließend reist das bayerische Regierungsoberhaupt nach Berlin. Unterstützt wird der SPD-Ministerpräsident von den bürgerlichen Parteien, die im Landtag das einzige Instrument sehen, politisch doch noch in Erscheinung zu treten.

11. April 1919 – Entwaffnung der Bourgeoisie angeordnet

München * Um 19 Uhr ordnet der Revolutionäre Zentralrat (Ernst Toller) die Entwaffnung der Bourgeoisie an. Die bürgerliche Bevölkerung muss innerhalb von 24 Stunden die in ihrem Besitz befindlichen Waffen abliefern. Toller veranlasst auch die Entwaffnung der Polizei. Er befürchtet, dass die Beamten, die bereits im Königreich ihren Dienst verrichtet haben, sich bei einer Gegenrevolution auf die Seite der Putschisten stellen werden.

11. April 1919 – Die bürgerlichen Pressehäuser werden sozialisiert

München * Die Pressehäuser der bürgerlichen Presse werden sozialisiert und die Zeitungsbesitzer enteignet. Die Betriebe gehen in die Hände der Arbeiter über. Die Zeitungen werden auch weiterhin von den Redaktionen gemacht. Ihnen wird allerdings ein Aufpasser zur Seite gestellt. Redakteure, die ihre Entlassung einreichen, erhalten eine Lohnfortzahlung für sechs Monate. In leitender Funktion arbeitet bei der Zensurbehörde der Schriftsteller Ret Marut, der später unter seinem Pseudonym B. Traven bekannt wird.

13. April 1919 – Das Regierungsprogramm der Kommunistischen Räterepublik

München - Freistaat Bayern * Die Proklamation der Zweiten Räterepublik ist ein aussichtsloses Unterfangen, denn Münchens Isolation in Gesamtbayern ist noch weiter gestiegen und von außen ist keine Unterstützung zu erwarten, da die Reichsregierung Herr der militärischen Lage ist. Eine vage Hoffnung verbindet sich allenfalls mit Aufständen in Österreich. Eugen Leviné will ein revolutionäres Exempel statuieren, den „Massen Anschauungsunterricht geben, ihnen zeigen, wie eine Räterepublik aufgebaut wird“, und hofft, auch eine niedergeschlagene



Räterepublik würde weitere Emanzipationsversuche herausfordern. Gegenüber ihrer Vorgängerin bemüht sich die kommunistische Räteregierung mit Hochdruck um die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats. Ihr geht es nicht um die bloße Übernahme der Gewalt, sondern um die Zerschlagung des bestehenden Staatsapparates. Vorrang besitzt die Bildung eines eigenen Behördenapparates mit verschiedenen Kommissionen und die Schaffung einer Roten Armee. Zur Abwehr gegenrevolutionärer Putschvorhaben tritt bis zum 23. April ein Generalstreik in Kraft. Das gesamte Bankwesen wird unter der Leitung von Emil Maenner und Towia Axelrod nationalisiert, die Gewerbe- und Industriebetriebe vorerst nicht sozialisiert, aber der Kontrolle der Betriebsräte unterstellt. Mit drakonischen Strafandrohungen wird versucht, gegen Plünderer und „Revolutionsschmarotzer“ vorzugehen. Die bürgerliche Presse wird verboten. Während des Generalstreiks erschienen allein die kostenlos verteilten „Mitteilungen des Vollzugsrates der Betriebs- und Soldatenräte“. Trotz großer Anstrengungen bleiben auch die Herrschaftsorgane der Zweiten Räteregierung weitgehend ineffizient - es fehlt an zuverlässigen Kräften und der Zeitdruck ist groß.

13. April 1919 – Flugblätter verkünden: Es lebe das revolutionäre Internationale Proletariat!

München * Der Generalstreik wird für den nächsten Tag ausgerufen und bürgerliche Zeitungen mit einem Erscheinsungsverbot belegt. Flugblätter verkünden: „Es lebe das revolutionäre Internationale Proletariat! Es lebe die Weltrevolution!“

24. April 1919 – Erscheinsungsverbot für bürgerliche Zeitungen

München-Graggenau * Die Betriebsräte beschließen im Hofbräuhaus-Parlament, dass auch weiterhin keine bürgerlichen Zeitungen erscheinen dürfen.

28. April 1919 – Eugen Leviné und Max Levien rechtfertigen das Scheitern ihrer Politik

München-Au * Während das Hofbräuhaus von der Roten Armee belagert wird, findet im Münchner-Kindl-Keller eine Versammlung der Kommunisten statt. Darin versuchen Eugen Leviné und Max Levien das Scheitern ihrer Politik zu rechtfertigen. Dabei erklärt Levien: Es kommt nicht drauf an, „ein paar Tausend Bürgerlichen die Gurgel abzuschneiden“.



1. Mai 1919 – Thomas Mann und der Geiselmord im Luitpold-Gymnasium

München-Bogenhausen * Thomas Mann wird von seiner Schwiegermutter am Vormittag von den Geiselmorden im Luitpold-Gymnasium informiert. Er schreibt in sein Tagebuch: „In der Nacht sind die im Luitpold-Gymnasium internierten bürgerlichen und adeligen Geiseln, man kennt ihre Namen nicht, es sollen zehn sein, unter Verstümmelungen ermordet worden“.

1. Mai 1919 – Hauptbahnhof vorübergehend von bürgerlichen Kampftruppe erobert

München-Maxvorstadt * Eine bürgerliche Kampftruppe erobert vorübergehend den von den Roten besetzten Hauptbahnhof.

1. Mai 1919 – Bürgerliche Kampfverbände werden gebildet

München * Bürgerliche Kampfverbände, bestehend aus bewaffneten Bürgern, Studenten, ehemaligen Soldaten und Polizisten sowie zahlreichen Freiwilligen, sammeln sich vor der Feldherrnhalle und besetzen schließlich die geräumte Residenz. Oskar Maria Graf schreibt über die sich nun, unter dem Schutz der militärischen Übermacht wieder zeigende und sich an der „Treibjagd auf verdächtige Zivilisten“ beteiligende Bürgerwehr: „Jetzt waren auf einmal wieder die verkrochenen Bürger da und liefen emsig mit umgehängten Gewehr und weißblauer Bürgerwehr-Armbinde hinter den Truppen her. Wahrhaft gierig suchten sie mit den Augen herum [...], rannten einen Menschen nach, schlugen plärrend auf ihn ein, spuckten, stießen wie wildgeworden und schlepten den Halbtotgeprügelten zu den Soldaten.“

3. Mai 1919 – Die Münchner Tageszeitungen erscheinen wieder

München * Nach fast dreiwöchiger Abstinenz erscheinen in München wieder bürgerliche Tageszeitungen, die in der Räterepublik verboten waren.

10. Mai 1919 – Josef Hofmiller unterschätzt die Thule-Gesellschaft

München-Haidhausen * Josef Hofmiller schreibt zur Thule-Gesellschaft völlig naiv in sein Tagebuch: „Diese Thule-Gesellschaft scheint eine harmlose alldeutsche Loge gewesen zu sein, die in den Verdacht monarchistischer Umtriebe gekommen war und an der die Roten offenbar ein



Exempel statuieren wollten. Sie hatten als Vereinsabzeichen das germanische Hakenkreuz.“ Josef Hofmiller hat - wie die meisten Angehörigen des bürgerlichen Lagers - die Entschlossenheit der Thule-Gesellschaft, den demokratischen Staat zu beseitigen und durch eine völkische Diktatur zu ersetzen, völlig unterschätzt.

14. Mai 1919 – Forderungen der bürgerlichen Parteien an die Regierung

München * Die bürgerlichen Parteien in München fordern von der Regierung: Die sofortige Wiederherstellung der gesetzmäßigen Zustände; die Wiederaufnahme eines geregelten Polizeibetriebes; die Entwaffnung der Roten Armee; die Aufstellung einer Volkswehr; durchgreifende Maßnahmen zur Sicherung der demokratischen Verfassung; die Festnahme und Bestrafung der für die ungesetzlichen Zustände verantwortlichen Führer und die Ausweisung aller politisch nicht einwandfreien landfremden Elemente. Da die Abgabe der Waffen und Munition nur zögerlich vonstatten geht, werden Belohnungen ausgesetzt.

15. Dezember 1919 – Alois Lindner zu 14 Jahre Zuchthaus verurteilt

München * Das Volksgericht München verurteilt Alois Lindner zu einer Zuchthausstrafe von 14 Jahren. Er hat am 21. Februar 1919 bei einem Attentat im Bayerischen Landtag den Innenminister Erhard Auer [SPD] durch Pistolenschüsse schwer verletzt. In den Auseinandersetzungen wird der BVP-Abgeordnete Heinrich Osel und Major Paul Ritter von Jahreiß getötet. Für die Dauer von fünf Jahren erkennt man ihm wegen niederer Gesinnung die bürgerlichen Ehrenrechte ab.

16. Januar 1920 – Graf Anton von Arco auf Valley zum Tode verurteilt

München * Da sich die Richter und der Verteidiger über die Wertung der Tat im Grunde einig sind, ergeht das Urteil gegen Graf Anton von Arco auf Valley bereits um 16.08 Uhr. Es wird vom Landgerichtsdirektor Georg Neithardt gesprochen und lautet: „[...] wegen eines Verbrechens des Mordes zum Tode und in die Kosten verurteilt.“ Es lässt sich einfach nicht umgehen anzuführen: „Der Angeklagte führte die Tötung nach einem wohlbedachten Plan mit Überlegung aus.“ Die Justiz öffnet sich aber gleich selbst die Tür für ihr weiteres Vorgehen. Am Ende des Urteils stehen die bemerkenswerten Zeilen: „Von einer Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte konnte natürlich keine Rede sein, weil die Handlungsweise des jungen, politisch unmündigen Mannes nicht niedriger Gesinnung, sondern der glühenden Liebe zu seinem Volke



und seinem Vaterland entsprang und ein Ausfluss seines Draufgängertums und der in weiten Volkskreisen herrschenden Empörung gegen Eisner war, weil ferner der Angeklagte seine Tat in allen ihren Einzelheiten ohne jeden Versuch der Beschönigung oder Verschleierung mit offenem, edlem Mute in achtungsgebietender Weise als aufrechte Persönlichkeit eingestand.“ Graf Arco nimmt sein Todesurteil mit vollkommener Ruhe zur Kenntnis und ruft in seinem Schlusswort die Zuhörer zum Aufbau einer nationalen Zukunft auf. Stürmischer Beifall erhebt sich im Sitzungssaal.

16. März 1920 – Gustav Ritter von Kahr wird bayerischer Ministerpräsident

München * Nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch wird der evangelische Monarchist Gustav Ritter von Kahr zum Nachfolger von Johannes Hoffmann zum bayerischen Ministerpräsidenten gewählt. Kahr steht einer bürgerlichen Rechtsregierung vor und betreibt eine eigenständige Stellung Bayerns innerhalb des Deutschen Reiches. Gestützt auf seine Einwohnerwehr lässt er die Arbeiter- und Soldatenräte auflösen und begründet den Ruf Bayerns als „Ordnungszelle des Reiches“.

Mai 1920 – Krieg und Friedensschluss lassen den Bierabsatz einbrechen

München-Haidhausen * Der Erste Weltkrieg und seine wirtschaftlichen Folgen treffen das Bürgerliche Brauhaus schwer. Während die Brauerei im letzten Friedensjahr 1912/13 noch rund 219.000 Hektoliter Bier produziert, sinkt der Ausstoß im Braujahr 1919/20 auf nur noch 104.000 Hektoliter. Damit hat sich die Produktion innerhalb weniger Jahre mehr als halbiert. Besonders schwer wiegt der Verlust der einst bedeutenden Exportmärkte. Nach Kriegsende brechen die Absatzgebiete in Elsass-Lothringen, Frankreich, Belgien und Italien sowie in Übersee vollständig weg. Auch der Absatz in die Schweiz geht teilweise verloren. Für das zuvor stark exportorientierte Bürgerliche Brauhaus bedeutet diese Entwicklung einen tiefen wirtschaftlichen Einschnitt. Die Brauerei muss sich nach dem Krieg unter grundlegend veränderten politischen und wirtschaftlichen Bedingungen neu behaupten.

6. Dezember 1921 – Löwenbräu und Bürgerliches Brauhaus schließen sich zusammen

München * Die wirtschaftlichen Folgen des Ersten Weltkriegs führen zu einer weitreichenden Neuordnung der Münchner Brauwirtschaft. Die Löwenbräu AG und das Bürgerliche Brauhaus München fusionieren. Beide Unternehmen leiden unter den Folgen des Krieges, dem Verlust



wichtiger Exportmärkte, Rohstoff- und Brennstoffmangel sowie stark gestiegenen Produktionskosten. Besonders deutlich zeigt sich die Krise beim Bürgerlichen Brauhaus: Sein Bierausstoß ist von rund 219.000 Hektolitern im Braujahr 1912/13 auf nur noch 104.000 Hektoliter 1919/20 zurückgegangen. Die vor dem Krieg für einen wachsenden Absatz geschaffenen Produktionsanlagen sind damit nicht mehr ausgelastet. Durch den Zusammenschluss können die beiden Brauereien ihre Herstellung, Verwaltung und Vertriebsorganisation bündeln, vorhandene Kapazitäten besser nutzen und ihre Position auf dem Münchner wie auch auf dem überregionalen Biermarkt stärken. Am 6. Dezember 1921 wird der Fusionsvertrag unterzeichnet und am 28. Dezember 1921 zu außerordentlichen Generalversammlungen eingeladen, auf denen die Aktionäre beider Brauereien dem Vorhaben zustimmen sollen.

28. Dezember 1921 – Löwenbräu und Bürgerbräu beschließen ihre Fusion

München * Die Generalversammlungen der Löwenbräu AG und der Bürgerbräu AG stimmen der Fusion der beiden Münchner Brauereien zu. Der Zusammenschluss ist eine Reaktion auf die tiefgreifenden wirtschaftlichen Veränderungen nach dem Ersten Weltkrieg und stärkt die gemeinsame Position auf dem Münchner Biermarkt. Mit dem Fusionsbeschluss endet nach rund vier Jahrzehnten die Geschichte des Bürgerlichen Brauhauses als selbstständige Aktiengesellschaft. Die Tradition des alten Zengerbräu, aus dem das Bürgerliche Brauhaus hervorgegangen ist, setzt sich fortan unter dem Dach der Löwenbräu AG fort. Das heute von Löwenbräu gebrauchte Starkbier Triumphator geht auf das gleichnamige Märzenbier der Bürgerbräu AG zurück.

1932 – Der Braubetrieb im Bürgerlichen Bräuhaus wird eingestellt

München-Haidhausen * Der Braubetrieb im Bürgerlichen Bräuhaus an der Kellerstraße in Haidhausen wird eingestellt.

1936 – Hitlers Wohnung am Prinzregentenplatz

München-Haidhausen * Rüstungsminister Albert Speer, ein enger Vertrauter und schon aus diesem Grund ganz bestimmt kein Kritiker des als „Führer“ bezeichneten Parteivorsitzenden, Reichskanzlers und Reichspräsidenten Adolf Hitler, beschreibt dessen Neun-Zimmer-Wohnung am Prinzregentenplatz 16 folgendermaßen: „Ich wurde zunächst in einen Vorraum eingelassen, der mit Andenken oder Geschenken niedrigen Niveaus vollgestellt war. Auch die



Möblierung zeugt von schlechtem Geschmack. [...] Hitlers Wohnung war die eines Privatmannes von mittleren Einkommen, etwa eines Studienrats, des Filialleiters einer Depositenkasse, eines kleinen Geschäftsmannes. Die Einrichtung war von kleinbürgerlichem Zuschnitt. Reichgeschnitzte, massiv eichene Herrenzimmermöbel, Bücher hinter Glastüren, gestickte Kissen mit zärtlichen Inschriften oder kräftigen Parteiwünschen. In einer Zimmerecke stand eine Richard-Wagner-Büste, an den Wänden hingen, in breiten Goldrahmen, idyllische Malwerke der Münchner Schule. Nichts verriet, daß der Inhaber dieser Wohnung seit drei Jahren deutscher Reichskanzler war. [...]"
